

Arbeit & Wirtschaft



Es brennt der Mut

*Zögern, zaudern, aber alles ganz genau beobachten:
Trotz multipler Krisen schafft es die Regierung bisher nicht,
Versorgungssicherheit zu geben. Was jetzt zu tun wäre.*

Stromschlaganfall / 20

E-Control Vorstand
Wolfgang Urbantschitsch im Talk

Hausverbot / 32

Home-Invasion der Spekulant:innen
Grenzen gesetzt



EVA WINTERER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
RENATE NEBEJAH-NEUBER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Christian Bunke, Christian Domke Seidel, Alexander Foggensteiner, Johannes Gress, Elisabeth Hammer, Simon Krakowizer, Katharina Lehmann-Kaschel, Thomas Jarmer, Stefan Mayer, Brigitte Pellar, Willi Mernyi, Melanie Stranski, Eva Winterer, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 und
Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: (01) 662 32 96-O, Fax: (01) 662 32 96-39793
zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
7201 Neudorf, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien

Herstellungsort Neudorf

Abonnementverwaltung und Adressänderung

Johannes Bagga, Lukas Huemerlehner
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-O, aboservice@oegbverlag.at
Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. Mwst.)
Ausland zuzüglich € 12,- Porto
für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wieder-
gegebenen Artikel entsprechen nicht notwendiger-
weise der Meinung von Redaktion und Herausgeber.
Jeder/jede Autor:in trägt die Verantwortung für sei-
nen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redak-
tion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbei-
ter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt
der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geis-
tigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt
keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.
Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustim-
mung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Ernst Fischbacher, Bürgermeister von Ramsau am Dachstein, und unser
Fotograf **Markus Zahradnik** nutzen ein Sonnenfenster für das Fotoshooting
für den Artikel ab **Seite 32** über Grundstückspekulation und wie dieser
in der Gemeinde der Riegel vorgeschoben wurde.



Im Gespräch mit den Autor:innen **Eva Winterer** und
Alexander Foggensteiner führt E-Control Vorstand Wolfgang Urbantschitsch
ab **Seite 20** aus, weshalb für ihn der liberalisierte Energiemarkt
in der Krise an seine Grenzen gestoßen ist.

Solidarität
und
Stärke



EVA WINTERER
CHEFIN VOM DIENST

Krisen gehören zum liberalen Marktsystem. Sie kehren in Zyklen wieder. Es kommt
nur darauf an, wie Regierungen gegensteuern und für wen. Leider sehen wir auch
in dieser Krise, dass der Beitrag zu ihrer Bewältigung zum überwiegenden Teil nicht
von jenen geleistet wird, die das Marktsystem ohne Wenn und Aber verteidigen, sondern
von jenen, die das System tatsächlich am Laufen halten – mit ihrer Arbeitsleistung, durch
ihren Konsum und ihre Steuern. Gleichzeitig spüren genau sie die negativen Auswirkungen
des an seine Grenzen gestoßenen liberalisierten Energiemarkts tagtäglich am meisten.

Diese Ausgabe hat sich zum Ziel gesetzt, einen Blick auf Ursachen und Mechanismen
der Inflation zu werfen sowie auf ihre zentralen Treiber: Wohnen und Energie. Wir ent-
wirren die Funktionsweise des Energiemarkts und zeigen auf, welche nachhaltigen Maß-
nahmen es gibt, das Marktversagen in den Griff zu bekommen. Im Gespräch deutet E-
Control Vorstand Wolfgang Urbantschitsch ein Umdenken auf Regierungsebene an und
meint, dass das Strommarkt an seine Grenzen gestoßen ist.

Dass eine Wirtschaftspolitik mehr Lenker als Beifahrer sein kann und muss, um den
Wohlstand der österreichischen Volkswirtschaft und ihrer Bevölkerung zu sichern, zeigen
Helene Schuberth, ÖGB-Chefökonomin, und Markus Marterbauer, AK-Chefökonom,
auf und skizzieren ein Gegenmodell zur Idee einer „marktkonformen Demokratie“.

Wie das Wohnen in vielen Teilen Österreichs unerschwinglich wird und wie dies zu
einer Umverteilung von unten nach oben führt – von Wohnungsmieter:innen zu Vermie-
ter:innen, von Eigenheimbesitzer:innen zu Investor:innen –, zeigt ein Blick in die Rams-
au. Der Bürgermeister der steirischen Gemeinde am Fuße des Dachsteins erzählt, wie er es
geschafft hat, Grundstücksinvestor:innen sprichwörtlich vor die Gemeindetür zu setzen.

Vor diesem Hintergrund starten in Kürze die Herbstlohnrounden. Es wird kein einfa-
cher Herbst, viele meinen, es wird ein heißer Herbst. Es geht um den Erhalt der Kaufkraft
und das sprichwörtliche finanzielle Stemmen des Alltags für Hunderttausende von Men-
schen. Daher stellt sich die Frage, ob es ein Herbst wird, der die Schieflage in der Umver-
teilung verstärkt, ein Klima des Gegeneinanders bringt und Unsicherheit schürt, oder ein
Herbst, der das Miteinander sowie soziale Stabilität und Sicherheit fördert. Die Antwort
auf die Frage, was es braucht, ist für mich jedenfalls eindeutig: Solidarität und Stärke! ▶

Inhalt

WIR RECHNEN AB

16 In der Herbstlohnrunde geht es wie immer um Geld. Heuer, mit Teuerungsraten wie in den 1970er-Jahren, um sehr viel mehr Geld! Es geht um den Erhalt der Kaufkraft. Die Erwartungen der Beschäftigten sind groß, der Druck entsprechend hoch.

DAS SYSTEM IST AN SEINE GRENZEN GESTOSSEN

20 Warum Energie-Gutscheine nur Symptome bekämpfen. Wieso kein Weg an einer europäischen Lösung der Energiekrise vorbeiführt – damit die Lichter nicht ausgehen. Ein erhellen-des Gespräch mit Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand der E-Control.

WO DER PROFIT ZU HAUSE IST

32 Wohnungen sind knapp, trotzdem stehen viele leer. Es ist schwer, an Bauland zu kommen, weil die Konkurrenz riesig ist – und finanzstark: Immer mehr Investor:innen und Spekulant:innen kaufen sich in Österreichs Immobilien ein.

Alles wird von selber gut?	6
Der Markt sei effizienter – ein gefährlicher Mythos.	
Warum brauchen wir solidarische Wärme?	11
Die „große Frage“ beantwortet Elisabeth Hammer	
Das raubt uns die letzte Energie	12
Explodierende Energiepreise – Ursachen und Gewinner	
Fairen Ausgleich schaffen	24
Krisengewinner schlagen Profit – sie müssen ihren Beitrag leisten	
Ein ungezähmtes Energiebündel	26
Grenzen des liberalen Energiemarkts und seine Zähmung	
Haus des Geldes	30
Steigende Kredit- und Baukosten – Hausbau spannend wie ein Krimi	
Das große Preisrätsel	36
Wie Inflation entsteht und wer von der Krise profitiert	
„Preise runter“ 1911	38
Proteste gegen Inflation wurden blutig niedergeschlagen	
Eine neue, vorausschauende Wirtschaftspolitik	39
Ein Beitrag aus dem A&W Blog	
Das sollte man kritisch hinterfragen	40
Österreich, ein lohnendes Ziel für Finanzinvestor:innen?	
Wohnschirm aufgespannt	42
Wie Wohnen leistbar und lebenswert bleiben kann	



Wissen mit Mehrwert: Anti-Teuerung

Die Teuerung belastet aktuell viele Haushalte in Österreich und mittlerweile nicht mehr nur jene, die ohnehin von Armut bedroht sind. Wichtig bei steigenden Preisen ist, dass der Alltag der Menschen finanzierbar bleibt, insbesondere wenn es um Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Wohnraum, Energie oder Mobilität geht. Und es ist die Aufgabe des Staates für Preisstabilität zu sorgen. Das Thema Inflation wird uns noch eine Weile stark beschäftigen. Daher setzt A&W einen Online-Schwerpunkt in der Rubrik „Anti-Teuerung“ – gebündelt und aktuell. arbeit-wirtschaft.at/inflation



Du bist für einen Perspektivenwechsel bereit?
Dann folge uns auf: Facebook, Instagram, Twitter oder abonniere unseren wöchentlichen Newsletter

www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

Alles wird von selber gut?

Der Markt ist effizienter als der öffentliche Sektor? Der Markt reguliert sich selbst am besten? Dass der Markt auch bei der Bereitstellung und Garantie der Daseinsvorsorge alles regelt, ist keine Ansichtssache, sondern ein Mythos – ein gefährlicher noch dazu.



TEXT CHRISTIAN BUNKE

Ein alter chinesischer Fluch lautet: „Mögest du in interessanten Zeiten leben.“ Und wirklich, unsere Zeiten sind „interessant“ geworden. Die letzten beiden Jahre werden auch in Österreich vielen Menschen als Jahre der Veränderung in Erinnerung bleiben. Aufgrund jahrzehntelanger bewusster Einsparungen wurden mit der Covid-Krise das Gesundheitswesen und viele andere kritische Infrastrukturen an ihre Belastungsgrenze gebracht, teilweise auch darüber hinaus. Die Auswirkungen der Pandemie

sind auch weiterhin spürbar. Globale Lieferketten haben sich immer noch nicht davon erholt, die Belastungen für das Krankenhauspersonal dauern an. Gleichzeitig begannen bereits in der Pandemie-Welle im Herbst 2021, die Öl- und Gaspreise zu steigen. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sollten sie endgültig eskalieren. Die Preissteigerungen machen sich in allen Bereichen des Alltagslebens bemerkbar, nicht zuletzt bei den Grundnahrungsmitteln. Zu all

dem kommen auch die in Österreich spürbaren Auswirkungen der globalen Klimakrise: Flüsse und Seen trocknen aus. Wasserstraßen funktionieren nicht mehr. Wirtschafts- und Geisteswissenschaftler:innen fassen diese Phänomene inzwischen unter einem Sammelbegriff zusammen: dem der „multiplen“ oder „Mehrfachkrisen“.

Mehrfachkrisen stressen

Diese Mehrfachkrisen sind ein Stresstest für öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge und für kritische Infrastrukturen gleichermaßen. Der Begriff der Daseinsvorsorge umfasst öffentliche Dienstleistungen, die für das tägliche Leben besonders wichtig sind. Die Stadt Wien zählt beispielsweise Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen sowie den öffentlichen Personen-Nahverkehr zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Auch der Bundesvorstand der „Daseinsgewerkschaft vida“ entwickelte bereits im Jahr 2011 eine Definition. Darin heißt es: „Zur Daseinsvorsorge zählen all jene Dienstleistungen, die den Grundbedürfnissen des Menschen im 21. Jahrhundert dienen. Für die Deckung der Grundbedürfnisse ist grundsätzlich der Staat verantwortlich.“ Als derartige Grundbedürfnisse zählt die Gewerkschaft unter anderem die Bereiche Bildung, Gesundheit, Pflege und Betreuung und leistbaren Wohnraum auf.

AK-Chefökonom Markus Marterbauer unterschreibt gerne diese Definition. Er meint: „Ich bin dafür, die Daseinsvorsorge sehr breit zu definieren, und zwar von den Kindergärten bis hin zu den wirtschaftlichen Dienstleistern.“ Auch die Republik Österreich befasst sich mit der Daseinsvorsorge und deren Schutz.

Österreich verfügt über leistungsfähige Infrastrukturen und kann auf einen hohen Grad an Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge wie auch auf eine gesicherte Versorgung mit Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen verweisen. Diese Infrastrukturen sind durch multiple Krisen zunehmend gefährdet. Immer wenn Gemeinden, Länder und der Bund aufgrund von wirtschaftlichen Krisen in Fi-

COFAG: Bewilligte Unterstützungsleistungen für Unternehmen in Mrd. Euro

Quelle: COFAG, Stichtag 2.9.2022

Garantien	4.513 Mrd
Fixkostenzuschuss ¹	4.062 Mrd
Ausfallbonus	5.155 Mrd
Verlustersatz ²	1.844 Mrd
Lockdown-Umsatzersatz ³	3.396 Mrd
Gesamt	18.970 Mrd

1 Fixkostenzuschuss 1 und 800.000, 2 Verlustersatz und Verlustersatz Verlängerung, 3 Umsatzersatz (Nov, Dez, II indirekt)



„Der ÖGB war gegenüber Deregulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge stets sehr kritisch eingestellt“, so ÖGB-Chefökonomin Helene Schuberth.

nanzierungsnoten geraten, wird der Ruf nach Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Unternehmen laut.

Marktkonform demokratisch?

Der ehemaligen deutschen Bundeskanzlerin wird die Formulierung einer „marktkonformen Demokratie“ zugeschrieben, einer Demokratie also, die sich den Regeln des Marktes unterwirft. Diese Frage stößt direkt ins Herz derzeitiger Debatten rund um den staatlichen Umgang mit Krisen – der Finanzkrise 2008/2009, der Covid-Krise und nun der Energiepreiskrise. Im Zentrum steht je nach Blickwinkel die grundsätzliche Frage, wie stark der Staat in Krisensituationen und bei Marktversagen in die Marktwirtschaft eingreifen soll oder darf.

Während der tiefgreifenden Krisen der letzten 20 Jahre stimmten Politik und Unternehmen stark regulierenden Eingriffen in den Markt zu. So wurde etwa der Finanzsektor nach der Finanzkrise 2008/2009, ausgelöst durch eine weitgehende Liberalisierung der Finanzmärkte und Spekulationsblasen und einer tiefgehenden Wirtschaftskrise, re-reguliert, wenn auch unzureichend. In der Covid-Pandemie federten die Regierungen weltweit mit Hilfspaketen nicht nur die Auswirkungen auf die Haushalte ab, sondern sicherten mit Milliardenhilfen etwa in Österreich die Existenzfähigkeit der Unternehmen. Gleichzeitig zeigte sich, dass die Auswirkungen von Krisen abhängig vom Liberalisierungsgrad der jeweiligen Märkte sind.

So ist die auf öffentliche Daseinsvorsorge spezialisierte Sozialwissenschaftlerin Emma Dowling der Auffassung, dass sich gerade in Ländern, in denen hauptsächlich auf die Kräfte des „freien Marktes“ gesetzt wird, die Corona-Krise besonders stark im Ge-



„Trittbrettfahrer unter den großen Unternehmen profitieren von der jetzigen Situation“, weiß Markus Marterbauer, AK-Chiefökonom.

sundheits- und Pflegesektor ausgewirkt habe. Gerade in auf Privatisierung ausgerichteten Pflegeheimen Großbritanniens habe sich das Virus besonders stark ausbreiten können.

Dem pflichtet ÖGB-Chefökonomin Helene Schubert bei. „Der ÖGB war gegenüber Deregulierung und Liberalisierung von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge stets sehr kritisch eingestellt“, sagt sie. Allerdings habe es innerhalb der EU seit den 1990er-Jahren eine regelrechte „Liberalisierungseuphorie“ gegeben, die mit dem Argument erhöhter Effizienz und geringerer Preise für die Konsument:innen begründet worden sei. Aber: „Die Ergebnisse der Marktöffnung waren keineswegs positiv.“ Das habe man in der Finanzkrise, der Pandemie und jetzt in der „kriegsbedingten Energiekrise“ gesehen. Als Beispiel führt Schubert den Energiesektor an: „Studien zeigen, dass die Liberalisierung EU-weit zu steigenden Preisen und zur Energiearmut führten. Profitieren konnten letztlich große Konzerne.“ Auch hier mag Großbritanni-

en als abschreckendes Beispiel gelten. Am 26. August verkündete die britische Energieregulierungsbehörde OFGEM, den Deckel für die maximale Höhe der Strom- und Gaskosten noch einmal drastisch anheben zu wollen. Die Energieversorger in Großbritannien sind allesamt privatisiert. Deren Kund:innen drohen nun 80-prozentige Erhöhungen ihrer Rechnungen. Dass die Energiepreise stundenweise in astronomische Höhen steigen, verdeutliche doch, so Schubert, die dringende Notwendigkeit, radikale Eingriffe in die nicht funktionierenden Märkte vorzunehmen und Preise sowohl auf der Großhandelsebene (z. B. Deckelung des Gaspreises für die Stromproduktion) als auch für Haushaltskund:innen zu regulieren.

Liberalisierung abgewickelt?

Schon längst ist innerhalb Europas die Liberalisierung der Daseinsvorsorge in die Kritik geraten. Und eine wachsende Zahl von Gemeinden und Städten hat begonnen, gegenzusteuern. Zu diesem Schluss gelangt eine im Februar 2019 von der „Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung“ herausgegebene Studie mit dem Titel „Rekommunalisierung in Europa“. In der Studie wird festgehalten, dass „kaum ein Bereich der Daseinsvorsorge“ von der maßgeblich durch die Europäische Kommission beförderten Privatisierungswelle der vergangenen Jahrzehnte verschont worden sei: „Oftmals übernahmen private Eigentümer bislang öffentliche Versorgungsmonopole, neue zusätzliche Anbieter am Markt gab es nur in wenigen Fällen.“ Die Kommunen hatten durchaus eigene Motivationen, an diesem Spiel mitzuwirken. Diesen „schien es ein gutes Geschäft zu sein, Budgetlöcher durch den Verkauf von Dienstleistungsunternehmen oder die Übertragung des Betriebes zu stopfen“.

20 Prozent der britischen Wasserversorgung versickern durch nicht reparierte Lecks im Boden

Quelle: Daily Telegraph



2,4 Mrd. Liter
WASSER PRO TAG

Allerdings machte sich schnell Ernüchterung breit. „Zu oft wurden Versprechen von besserer Leistung zu günstigeren Preisen nicht gehalten“, so die Studie. „Viele Kommunen hatten daher den Wunsch, die privatisierten Leistungen wieder in die öffentliche Verantwortung zu bringen.“ Die Liberalisierungswelle, analysiert die Studie, wurde durch eine Rekommunalisierungswelle ersetzt, die sogar Metropolen wie London, Paris, Berlin oder Madrid erfasst hat: „Seit der Jahrtausendwende sind europaweit 700 Fälle von Rekommunalisierungen auf nationaler und regionaler Ebene in 20 europäischen Ländern bekannt. Im Energiesektor ist der Rekommunalisierungstrend mit 298 Fällen in 8 verschiedenen Ländern bisher am stärksten.“ In Österreich zählt die Studie übrigens nur 17 Rekommunalisierungen. Dies liege am hohen öffentlichen Engagement in der Daseinsvorsorge.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Österreich eine Insel der Seligen ist. Trotz eines vergleichsweise starken öffentlichen Sektors kommt es auch hierzulande zu drastischen Preissteigerungen bei Öl, Gas und Strom – vor allem weil sich auch öffentliche Anbieter den Regeln des liberalisierten Marktes unterwerfen müssen. Auch in Österreich sind Krankenhäuser aufgrund von Einsparungen überlastet. Außerdem fehlt dem österreichischen Sozialstaat die „Armutsfestigkeit“, wie Markus Marterbauer konstatiert. Zwar würden die von der Bundesregierung in ihren jüngsten Entlastungspaketen beschlossenen Einmalzahlungen durchaus helfen: „Aber sie helfen nicht dauerhaft. Nehmen wir das Arbeitslosengeld. Das beträgt 1.000 Euro im Durchschnitt. Aber die Armutsgrenze liegt bei rund 1.300 Euro. Die Sozialleistungen gehören dringend erhöht.“ Auch gebe es Trittbrettfahrer unter den großen Unternehmen, die von der jetzigen Situation profitieren würden. „Hier braucht es eine Übergewinnsteuer“, ist Marterbauer überzeugt. „Es gibt inzwischen großen politischen Druck in diese Richtung. Deshalb bin ich optimistisch, dass sie eingeführt wird.“

Eilige Reformen

Aber wie sollen beispielsweise Energiemärkte re-reguliert werden? Ist das überhaupt möglich? Helene Schubert sieht hier einige Parallelen zur Zeit unmittelbar nach Ausbruch der Finanzkrise, als die Finanzindustrie zunächst erfolgreich gegen eine Regulierung des Finanzsektors lobbyiert hat. Das sei heute ähnlich: Vertreter:innen des Energiesektors beraten die Regierungen und verhindern letztlich notwendige Reformen. Es gehe dabei nicht nur um die Eigentumsfrage, sondern auch um die Marktordnung und das Regelwerk, in deren Rahmen die Energieunternehmen operieren. Energie ist ein Bereich der Daseinsvorsorge, und die öffentliche Hand sollte hier alle Durchgriffsrechte haben, um diese sicherzustellen.“ Somit ist die Daseinsvorsorge auch eine demokratische Frage. Marterbauer meint, es sei nötig, neue Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit zu schaffen. „Wie kann ich mit-

MARODE IN GROSS- BRITANNIEN

Ein Blick in die letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts zeigt: Großbritannien, das Mutterland des Liberalismus, gibt das perfekte Beispiel für Marktversagen ab.

Die Thatcher-Regierung privatisierte in den 80er-Jahren nicht nur die Herstellung von Strom, Wasser und Gas, sondern auch die gesamte Stromnetz-Infrastruktur. Kein anderer europäischer Staat ist mit der Liberalisierung und somit der Privatisierung derart weit gegangen.

Mit den Privatisierungen wollte Thatcher Investitionen ankurbeln und öffentliche Dienstleistungen effizienter gestalten. Inzwischen hat sich gezeigt, dass das Gegenteil der Fall ist. Zwar machen multinationale Großkonzerne wie BP und Shell auf der Insel riesige Profite – kolportiert werden Höhen von 7 Milliarden Pfund und 10 Milliarden Pfund für das zweite Quartal des laufenden Jahres. Doch investiert wurde schon lange nichts mehr. Das britische Wasserleitungsnetz gilt zum Beispiel als notorisch marode. Es leckt buchstäblich an zahlreichen Stellen, was in Zeiten von Wasserknappheit und Klimakrise problematisch ist. Während Großbritannien diesen Sommer rekordverdächtige Dürreperioden durchleiden musste, berichteten Tageszeitungen wie der „Daily Telegraph“ darüber, dass 20 Prozent der britischen Wasserversorgung durch nicht reparierte Lecks im Boden versickern. Das sind 2,4 Milliarden Liter Wasser täglich. Gleichzeitig steigen die Kosten rasant an. Manche britischen Haushalte werden heuer 5.000 Pfund für ihre Energiekosten berappen müssen.

Kein Wunder, dass die Umfragewerte für eine Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne stetig steigen. Laut einer Umfrage der britischen NGO „We Own It“ befürworten 66 Prozent eine solche Maßnahme. Nur 12 Prozent der Bevölkerung äußerten sich explizit dagegen.



bestimmen, welche Daseinsvorsorge ich brauche?“, fragt er. „Damit muss man experimentieren. Hier müsste man auch Erfahrungen aus dem Klimarat genau evaluieren. Hier gibt es ebenfalls eine Rolle für die Gewerkschaftsbewegung. Es reicht nicht, alle fünf Jahre einen Betriebsrat zu wählen.“

Billigsdorfer, nein danke

Bei einem ist sich Helene Schubert sicher: „Insbesondere in Krisen hat sich der Sozialstaat bewährt und gezeigt, dass er das Vermögen der Vielen ist. Ohne sozialstaatliche Leistungen würden die privaten Kosten für Bildung, Gesundheit und Altersvorsorge erheblich ansteigen.“ Alle in Österreich lebenden Menschen würden im Laufe ihres Lebens von Leistungen des Sozialstaats profitieren,

Rekommunalisierungen seit 2000 auf nationaler und regionaler Ebene in 20 europäischen Ländern

Quelle: Studie „Rekommunalisierung in Europa“, ÖGPP, 2019



so Schubert. „Das gilt insbesondere in Lebenslagen, in denen wir besonders verwundbar sind: als Kinder, während der Schwangerschaft, im Krankheitsfall oder im Alter.“ Der Sozialstaat mache Österreich zu einem „sehr attraktiven Wirtschaftsstandort“. Das bedeute aber auch, „dass der Schlüssel zur Zukunft für den österreichischen Standort nicht in geringeren Lohnnebenkosten und Steuerensenkungen für Unternehmen liegen kann. Österreich wird seinen Wohlstand im globalen Wettbewerb nicht als Billigland sichern können.“ Stattdessen brauche es öffentliche Investitionen in die Zukunft, um mit einem Ausbau des Sozialstaats „den Wohlstand der breiten Bevölkerung zu sichern“, so Schubert abschließend.

Hier schließt sich auf gewisse Weise ein Kreis. Wenn die Privatwirtschaft einen guten Standort haben möchte, so die Argumentation von AK und ÖGB, dann muss sie in der Krise auch einen Beitrag für das Allgemeinwohl leisten. Ein solcher Beitrag könnte ein Energiepreisdeckel für Haushalte sein, mit dem der Grundbedarf für Strom, Gas und strombasierte Heizungssysteme auf jeweils 600 Euro und 784 Euro begrenzt werden soll – der ÖGB hat dazu ein Modell vorgelegt. Finanziert werden soll der Energiepreisdeckel für Haushalte durch die Abschöpfung der Übergewinne der Energieunternehmen. Auch dazu haben ÖGB und AK ein konkretes Modell vorgelegt. Es geht dabei um jene Energieunternehmen, deren Gesteuerungskosten einen Bruchteil der den Kund:innen verrechneten Preise ausmachen; diese machen gigantische Gewinne, während viele nicht mehr wissen, wie sie ihre Energierechnungen zahlen sollen. Diese Maßnahmen seien sofort umzusetzen, so Schubert. Darüber hinaus braucht es aber systemische Lösungen, weitreichende Interventionen in den Energiemarkt – letztlich einen Rückbau der Energiemarktliberalisierung. ▀

Warum brauchen wir solidarische Wärme?

© Christoph Liebenritt

Beim neunerhaus setzen wir uns besonders für obdach- und wohnungslose Menschen sowie Menschen ohne Krankenversicherung ein. Ein Satz, den wir oft hören: „Ich hätte nie gedacht, dass mir so etwas passiert.“ Spätestens mit der aktuellen Teuerungswelle ist auch für Menschen aus der Mitte der Gesellschaft nachvollziehbarer geworden, wie schnell die persönliche Situation prekär und die Zukunft ungewiss werden kann.

Wir werden diesen Winter sehr viele Wärmequellen brauchen, im wörtlichen wie im übertragenen Sinn. Mehr als kurzfristiges Mitgefühl ist dabei gesellschaftlicher Zusammenhalt gefragt. Es gilt, uns gemeinsam für eine Politik einzusetzen, die bei den großen Hebeln ansetzt, nicht bei den kleinen Schrauben. Denn um für die gegenwärtigen und zukünftigen Krisen gewappnet zu sein, brauchen wir mehr als solidarische Wärme – nämlich solidarische Strukturen, die allen ein leistbares und selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Damit wir Sätze wie diesen in Zukunft öfters hören: „Gut, dass wir als Gesellschaft niemanden zurücklassen.“



ELISABETH HAMMER
NEUNERHAUS GESCHÄFTSFÜHRUNG

Das raubt uns die letzte Energie

Der Krieg in der Ukraine ist nur ein Grund für die explodierenden Energiepreise. Hauptverursacher sind ein nicht funktionierender Markt, ungehemmte Manipulationen und die Beutezüge von Finanzhaien im Strom- und Gasmarkt.

TEXT JOHANNES GRESS

Landet dieser Tage ein Brief vom Energieversorger im Postkasten, treibt das bei vielen, den Autor inbegriffen, den Puls nach oben. Das Leben in Österreich wird spürbar teurer, allen voran Gas und Strom. Weil in den meisten Waren Energie steckt, steigt mit Gas- und Strompreisen (indirekt) auch der Preis anderer Produkte. Mit gravierenden Folgen: Laut Fiskalrat vom Juni 2022 können derzeit 35 Prozent der österreichischen Haushalte ihre Konsumausgaben nicht mehr decken. Vielen der Betroffenen droht ein „kalter Winter“, weil sie ihre Energierechnungen teils jetzt schon nicht mehr bezahlen können.

Strombörsenpreis: ungebremster Wahnsinn

Der Strombörsenpreis lag am 29. 8. 2022 mit über 600 Euro/MWh um über 1.300 Prozent höher als im langjährigen Durchschnitt und um 900 Prozent höher als vor einem Jahr. Die Folge: Der österreichische Strompreisindex (ÖSPI) liegt aktuell laut Energie Agentur bei 370,85 Euro, also um 256,2 Prozent über dem Wert von vor einem Jahr. Dieser Wert erfasst dabei nur den Preis für das Produkt Strom zum Großhandelspreis und keine Netzgebühren, Steuern und Abgaben oder Kosten und Rendite der Endversorger.

Laut Walter Boltz, ehemaliger Chef der Energieaufsichtsbehörde E-Control, gehe die Preiserhöhung zum einen auf eine tatsächliche Verknappung des Angebots zurück, zum anderen auf „Panik“ angesichts einer drohenden weiteren Verknappung im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und einer gewissen Unkalkulierbarkeit der Ereignisse. Die Börsenpreise von Energieträgern werden stündlich

ermittelt – dementsprechend volatil sind sie, und dementsprechend wenig korrelieren sie mit den realen Produktionskosten. Ein Faktor ist ein Preismechanismus, der eigentlich die erneuerbare Energie stärken und Verbraucher:innen vor hohen Strompreisen schützen sollte, in der aktuellen Ausnahmesituation sich jedoch gegen den Markt selbst wendet: das Merit-Order-Prinzip.

Merit-Order: fatale Koppelung

Ausschlaggebend für die Energierechnungen von Haushalten und Unternehmen sind die Großhandelspreise von Strom und Gas an den Börsen. Grundlage dafür ist das in Europa mit der Strommarktliberalisierung und der Etablierung von Strombörsen eingeführte Merit-Order-Prinzip. Übersetzt bedeutet Merit-Order „Reihenfolge der Vorteilhaftigkeit“. In der aktuellen Situation wirft das die Frage auf: Vorteilhaft für wen?

„Was wir derzeit beobachten, ist eine nie dagewesene Umverteilung von den Energieverbraucher:innen hin zu den Energieunternehmen.“

Josef Thoman, Energieexperte der Arbeiterkammer Wien



Für Josef Thoman, Energieexperte der AK Wien, ist Energie kein Gut wie jedes andere, sondern ein zentrales Element der Daseinsvorsorge. Die sichere, leistbare und nachhaltige Versorgung dürfe nicht einfach unregulierten Märkten überlassen werden.

Das Merit-Order-Prinzip koppelt Strom- und Gaspreis aneinander. So sinnvoll das Prinzip bisher schien: In der aktuellen Ausnahmesituation wird es zur sprichwörtlichen Achillesferse für die österreichischen Energiekund:innen. Denn rund 85 Prozent des in Österreich produzierten Stroms stammen aus Wasser-, Solar- oder Windkraft – preisbestimmend ist jedoch jene Energiequelle, die gerade noch benötigt wird, um die 100 Prozent des Strombedarfs zu decken – in aller Regel ein deutlich teureres Gaskraftwerk. Das bedeutet: Auch wenn sich die Produktionskosten von erneuerbaren Energien kaum verändert haben, steigt der Strompreis insgesamt an, weil der Preis für an der Börse gehandeltes Gas steigt.

Flaschenhals: private Infrastruktur

Zudem wird etwa Gas nicht nur gehandelt, sondern muss transportiert und gespeichert werden. Auch die Gasinfrastruktur (ähnlich wie Strom, Wasser, Transport und Telekommunikation), obschon zentraler Aspekt der öffentlichen Daseinsvorsorge, funktioniert entlang marktwirtschaftlichen Logiken. Vereinfacht gesagt: Was sich nicht rechnet, wird gar nicht erst gebaut, erhalten oder ausgebaut. In der Folge entscheidet profitorientiertes Handeln (teil-)privatisierter Unternehmen – nicht die Gesellschaft oder der Staat – über Qualität und Kosten der öffentlichen Versorgung. Die (Teil-)Privatisierung öffentlicher Infrastruktur bedeutet einen Machtverlust des Staates bzw. der Gesellschaft in puncto öffentlicher Daseinsvorsorge.

Ein zentrales Problem sieht Josef Thoman, Energieexperte der Arbeiterkammer Wien, auch darin, dass auf dem europäischen Gas-

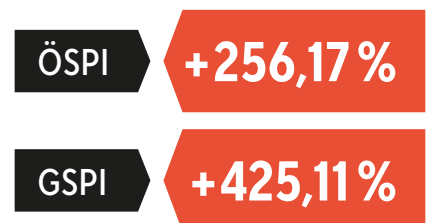
markt der Wettbewerb nicht besonders gut funktioniert. Durch eine stark Russland-orientierte Infrastrukturpolitik besitze die russische Gazprom besonders viel Marktmacht. „Gazprom treibt die Preise politisch motiviert nach oben. Dies wird durch spekulative Geschäfte marktfremder Akteure, wie Banken und Hochfrequenzhandel, weiter verstärkt“, fasst Thoman zusammen.

Trio Infernal: Trader, Banken, Hedgefonds

Nach Corona zog 2021 die Konjunktur wieder an, und mit ihr stiegen Börsenpreise für Energie. Viele Versorger hatten sich offenbar nicht ausreichend über langfristige Verträge abgesichert. Gazprom – einer der größten Erdgaslieferanten für den europäischen Markt – erhöhte die Liefermengen nicht, und so begann der Börsenpreis für

Entwicklung des Österreichischen Strom- und Gaspreisindex 09/2021 zu 09/2022

Quelle: Austrian Energy Agency, Stand 03.09.2022



„Ein weiterer Faktor für die hohen Preise und die Volatilität in Europa waren wachsende Finanzaktivitäten und viele neue Finanzplayer, wie Hedgefonds, die in den Markt eingetreten sind.“

Steve Hill, Executive Vicepresident von Shell

Gas im Herbst 2021 in lichte Höhen zu steigen, und mit der Verhängung des Gasembargos ging er durch die Decke. Die Unsicherheit stieg – und mit ihr der Anreiz für Spekulationen.

Neue Spielwiese für Finanzplayer

Damit traten mit Tradern, Banken und Hedgefonds neue Player auf dem Markt auf. Der Hochfrequenzhandel fand an den Energiebörsen eine neue Spielwiese. Bereits im Oktober 2021 äußerte sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in einer Rede vor dem Europäischen Parlament kritisch gegenüber den hohen Spekulationen und bekundete den Willen, diese durch eine verstärkte Überwachung der Gas- und Energiemärkte beenden zu wollen. Und selbst Steve Hill, Executive Vicepresident von Shell, kommentierte in einem Interview mit „The Times“ im Februar 2022: „Ein weiterer Faktor, der eine wesentliche Rolle für die hohen Preise in Europa und die Volatilität im vergangenen Jahr spielte, waren wachsende Finanzaktivitäten und im Speziellen viele neue Finanzplayer, wie Hedgefonds, die in den Markt eingetreten sind.“

„Zufallsgewinne“ für Energiekonzerne

In der Praxis führt das Merit-Order-Prinzip neben hohen Preisen zu enormen „Zufallsgewinnen“ für Energiekonzerne. „Während sich die Erzeugungskosten für erneuerbaren Strom kaum verteuert haben, sind die Verkaufspreise für Energie explodiert“, kritisiert Thoman. „Was wir derzeit beobachten, ist eine nie dagewesene

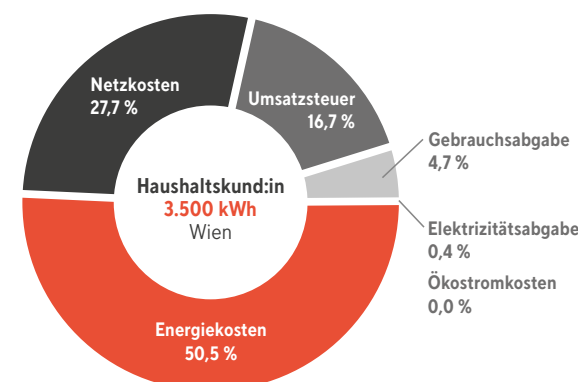
Umverteilung von den Energieverbraucher:innen hin zu den Energieunternehmen.“

Derzeit nämlich können Ökostromanbieter wie die Verbund AG ihren zuvor günstig aus erneuerbaren Energiequellen produzierten Strom teuer an der Börse verkaufen. Anschließend kaufen sie den Strom dort zu aktuellen Marktpreisen wieder ein und geben die Mehrkosten an die Endverbraucher:innen weiter.

Auch Energiekonzerne, die Erdöl und Erdgas explorieren, wie die OMV in der Nordsee, profitieren massiv von den stark steigenden Preisen, denn die Explorationskosten für Erdgas und Erdöl blieben ja unverändert. In den Bilanzen von Verbund AG und OMV liest sich das so: Erstere steigerte den Gewinn im ersten

Die Zusammensetzung des Strompreises

Quelle: E-Control, Österreichische Energieagentur, 03.06.2022



Halbjahr 2022 um 152 Prozent auf 817 Millionen Euro, Letztere von 2,2 auf 5,6 Milliarden Euro.

Mit den im Oktober 2021 von der österreichischen Bundesregierung angekündigten Senkungen der Körperschaftsteuer im Jahr 2023 von 25 Prozent auf 24 Prozent und im darauffolgenden Jahr 2024 von 24 auf 23 Prozent steht auch für die Energieversorger eine weitere positive Auswirkung auf den Gewinn bevor.

Abstrakter Mechanismus, konkrete Auswirkungen

Die andere Seite der Medaille: Insgesamt lagen die Haushaltsenergiepreise im Juni 2022 etwa 45 Prozent über denen vom Juni des Vorjahres. Da mit den Energiekosten auch die Kosten für Produktion und Transport von Gütern ansteigen, steigen mittelbar auch die Preise für Produkte des täglichen Lebens. In Summe rechnet die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) für 2022 mit einer Inflation von 7,6 Prozent – die höchste seit rund 50 Jahren.

Angesichts dieser Ungleichverteilung von Kosten und Profit fordert Thoman einen Eingriff in den Markt, um den Strompreis vom Gaspreis zu entkoppeln. Der AK-Experte verweist auf Spanien und Portugal: Auf der Iberischen Halbinsel wird die Stromproduktion von Gaskraftwerken staatlich subventioniert. Damit sinkt der Strombörsenpreis – und folglich der Strompreis für alle Verbraucher:innen. Finanziert werden soll diese Maßnahme laut Thoman über eine Sondersteuer auf Übergewinne der Krisengewinner (zum Beispiel durch Gewinnabschöpfung bei Energiekonzernen wie der OMV). Eine solche Übergewinnsteuer wurde in Großbritannien, Italien und Griechenland bereits implementiert. Spanien und Belgien folgen demnächst.

Glaskugel lesen ist zu wenig

Mittelfristig, fordert Thoman, müsse es darum gehen, den Strom vom Gaspreis zu entkoppeln, ohne dass man auf Subventionen zurückgreifen muss, das heißt, das Merit-Order-Prinzip abzuschaffen.

Ex-E-Control-Chef Boltz offeriert einen in diesen Belangen ungewohnt optimistischen Blick in die Zukunft: In zwei bis drei Jahren, schätzt Boltz, werden sich die Preise wieder normalisieren. Bis dahin heiße es „durchhalten“ und versuchen, einkommensärmere Menschen möglichst gut zu unterstützen.

Thoman sieht das ganz anders: „Energie ist kein Gut wie jedes andere, sondern ein zentrales Element der Daseinsvorsorge. Wir dürfen die sichere, leistbare und nachhaltige Versorgung mit Energie nicht einfach unregulierten Märkten überlassen. Der Staat muss stärker eingreifen, Spekulation unterbinden, die Unternehmen in die Verantwortung nehmen und auch in die Preisbildung eingreifen. Denn die Preise werden auch mittelfristig hoch bleiben. Wir können nicht weiter zusehen, wie Gewinne privatisiert werden, Verantwortung und Kosten aber die Allgemeinheit trägt.“

EUPHEMIAS GUTER RUF?

von Eva Winterer

Es ist die große Frage dieser Tage: Warum geht der Strompreis gerade so durch die Decke?

Mit der Strommarktliberalisierung wurden Börsen etabliert, an denen die benötigten Strommengen gehandelt werden. Der Handel wird über einen Preismechanismus, das Merit-Order-Prinzip, betrieben. Dieses koppelt Strom- und Gaspreis aneinander. So sinnvoll das Prinzip bisher schien: In der aktuellen Ausnahme-situation wird es zur sprichwörtlichen Achillesferse. So stammt etwa in Österreich produzierter Strom zu 85 Prozent aus Wasser-, Solar- oder Windkraft. Preisbestimmend ist jedoch jene Energiequelle, die gerade noch benötigt wird, um die 100 Prozent des Strombedarfs zu decken – in aller Regel ein deutlich teureres Gaskraftwerk.

Gesteuert wird das Merit-Order-Prinzip über einen Algorithmus namens EUPHEMIA, was so viel wie „von gutem Ruf“ bedeutet. Ob sein Ruf tatsächlich so gut ist, beantwortet eine 2019 seitens Österreichs Energie bei der Energieagentur in Auftrag gegebene Studie. Die Studie kam zu einem kritischen Urteil hinsichtlich Transparenz und Nachvollziehbarkeit. So bestimme das sogenannte Flowed-Based Market Coupling (FBMC) mit EUPHEMIA die europäischen Day-Ahead-Strompreise. Jedoch sei trotz der zentralen Funktion seine Nachvollziehbarkeit mit vertretbarem Aufwand nicht herzustellen und die Qualitätsbeurteilung der von EUPHEMIA gefundenen Lösung mit den derzeit zur Verfügung gestellten Informationen nicht möglich.

Angesprochen auf eine Umprogrammierung des Algorithmus im Zuge der Neugestaltung des Merit-Order-Prinzips, meinte E-Control Vorstand Wolfgang Urbantschitsch im Interview mit Arbeit&Wirtschaft, dass dies nicht auszuschließen sei, jedoch der Fokus aufgrund der Kurzfristigkeit der notwendigen preisdämpfenden Maßnahmen und der Komplexität des Systems in anderen Bereichen liege.

Wir rechnen ab

In der Herbstlohnrunde geht es immer um Geld, nur heuer um sehr viel mehr Geld! Mit Teuerungsraten wie in den 1970er-Jahren sind für die Gewerkschaften kräftige Lohnerhöhungen das wichtigste Ziel. Die Erwartungen der Beschäftigten sind groß, der Druck ist entsprechend hoch.

TEXT MELANIE STRANSKI

Direkt beim Eingang steht ein fast raumhohes Roll-up des Österreichischen Gewerkschaftsbundes mit dem Slogan „Mein Herz für ein soziales Österreich“. So eingestimmt, geht es weiter ins Büro von Karl Dürtscher, Bundesgeschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), der im Vorfeld zur Herbstlohnrunde Auskunft und Überblick zu den Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten der Rekordinflation gibt.

Am 19. September 2022 ist es dann so weit. Lohnverhandlungen sind immer hart, doch heuer dürfte es härter werden. Das Schlagwort „heißer Herbst“ ist in aller Munde, zumal es diesmal

um die Wurst geht – buchstäblich. Denn viele Arbeitnehmer:innen können sich ihre Lebenshaltungskosten kaum noch oder nicht mehr leisten. Die Rekordinflation frisst ihnen die Butter – oder eben die Wurst – vom Brot.

Leben vom Draufzahlen?

Verhandelt werden die Kollektivverträge von rund 500.000 Beschäftigten im Handel, 200.000 in der Industrie sowie 130.000 in der Pflege und in Sozialberufen. „Das sind die drei großen Berei-

che, wo wir im Herbst in Verhandlungen treten“, sagt Dürtscher. In der Metallbranche verhandelt die GPA gemeinsam mit der Produktionsgewerkschaft PRO-GE, in der Pflege und Berufen im Sozialbereich (SWÖ) gemeinsam mit der Gewerkschaft vida.

Wäre da nicht die Rekordinflation, könnten die Gewerkschaften entspannter in die Kollektivvertragsverhandlungen eintreten. Die Zahlen der vergangenen zwölf Monate liegen auf dem Tisch und sehen grosso modo gut aus – in der Industrie gar sensationell. „Die Unternehmen konnten die Preissteigerungen im Markt unterbringen, während die Arbeitnehmer:innen nichts weitergeben können. Geld wird im Fokus stehen“, betont Dürtscher, „vom Draufzahlen kann man schließlich nicht leben.“

„Kaufkraft“ ist das Wort der Stunde, sie zu erhalten oberste Priorität. Und da geht es heuer um sehr viel. Zahlen werden vorab freilich keine genannt – aus taktischen Gründen, aber auch weil die allerletzten Daten noch nicht eingepreist sind. Der Kaufkraftherhalt überlagert diesmal andere Themen. „Sie zu erhalten, ist Challenge genug“, sagt David Mum, Leiter der Grundlagenabteilung der GPA.

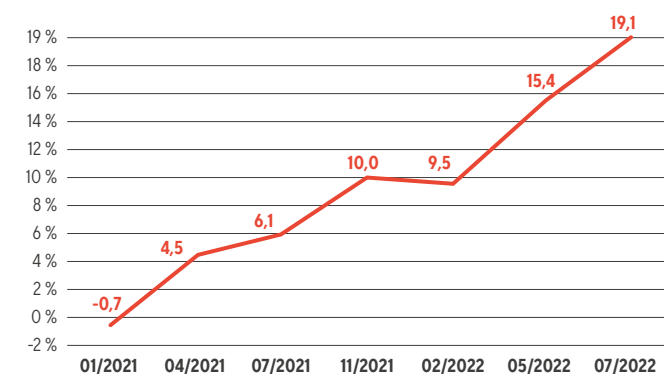
Es steht viel auf dem Spiel, denn die Fixkosten steigen so rasant, dass viele Menschen sie mit ihren Einkommen nicht mehr decken können. Haupttreiber sind laut Statistik Austria die Treibstoffpreise. Stark spürbar ist die Teuerung auch bei der Haushaltsenergie und in der Gastronomie. Weiters ist der wöchentliche Einkauf deutlich teurer geworden: Der Preisanstieg des Miniwarenkorbs war im Juli 2022 mit 19,1 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Inflation, die wiederum im heurigen Juli einen seit Jahrzehnten nicht mehr dagewesenen Spitzenwert erreichte. Mit einer Inflationsrate von 9,3 Prozent wurde im Juli 2022 die höchste Teuerungsrate seit Februar 1975 gemessen.

Retro-Feeling

Die Erwartungshaltung der Arbeitnehmer:innen an ihre Gewerkschaften ist hoch. Dürtscher, der schon länger dabei ist, meint: „Es ist immer ein Verteilungskampf.“ Hohe Lohnabschlüsse bei hoher

Entwicklung des Mikrowarenkorbs in Prozent

Quelle: Statistik Austria



„Der Fokus liegt auf der Erhöhung der Gehälter. Das ist, was sich die Leute erwarten“, sagt Maria Gluchman, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Billa.

Inflation, das gab es zuletzt in den 1970er- und 1980er-Jahren, erinnert sich der Gewerkschafter. In den 70ern war er zwar noch nicht live dabei, er könne jedoch auf Erfahrungen aus den 80ern zurückgreifen, wobei die Wirtschaft damals nicht so globalisiert war wie heute“, wie er betont.

Laut Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE, sind die Rahmenbedingungen heuer besonders schwierig. Die jüngste Inflationsentwicklung sei eine Katastrophe: „Es wird ein hartes Match, denn es geht um einen Reallohnzuwachs.“ Den Auftakt der KV-Herbstrunde machen traditionsgemäß und so auch heuer die „Metaller“. Ihr KV gilt jeweils von 1. November bis zum 31. Oktober des Folgejahres, ihr Ergebnis als richtungsweisend für viele andere Branchen. Konkret geht es um den rollierenden Inflationsausgleich (siehe Kasten) plus einen monatlichen Fixbetrag, der für alle gleich sein soll. Außerdem wird der Lehrlingstausender ins Verhandlungspaket gepackt: Statt bisher 800 Euro sollen Lehrlinge im ersten Jahr mit 1.000 Euro brutto durchstarten können. „Alle Augen sind auf uns gerichtet“, sagt Karl Schaller, Konzernbetriebsratsvorsitzender der voestalpine AG und im KV-Verhandlungsteam der Metaller. Er wird zurzeit auch von Nicht-Metallern angefeuert. „Neulich in der Bäckerei hat ein dortiger Mitarbeiter zu mir gesagt: ‚Schaut’s bitte, dass ihr einen gescheiten Abschluss zusammenbringt. Das hilft auch uns.‘“

Einmalzahlungen soll es zusätzlich für besondere Leistungen geben, doch sie ersetzen laut Karl Schaller keinen nachhaltigen Lohnabschluss.



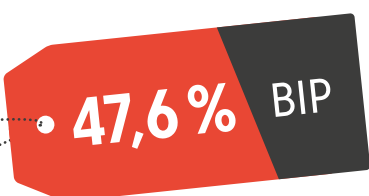
„Die Metaller sind gewerkschaftlich extrem gut aufgestellt. Und wir werden natürlich alle Verhandlungen, die vor unseren stattfinden, mitverfolgen“, sagt etwa Maria Gluchman, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Billa und Mitglied im KV-Verhandlungsteam der Handelsangestellten. Die KV-Verhandlungen der Handelsbranche beginnen am 18. Oktober 2022, also einen Monat nach den Metallern.

Schlechter Rat kommt teuer

Ideen wie etwa jene, dass die Herbstlohnrunde mit einer Einmalzahlung schnell über die Bühne gebracht werden könne, treffen bei den Verhandler:innen auf keine Gegenliebe. „Wir brauchen keine Ratschläge vom Finanzminister“, sagt Karl Schaller. Wer solche Angebote annimmt, würde nur draufzahlen. Einmalzahlungen soll es zusätzlich für besondere Leistungen geben, doch sie ersetzen laut Schaller keinen nachhaltigen Lohnabschluss. „Wir haben nachrechnen lassen“, sagt er. Bei einem Szenario einer Einmalzahlung von 3.000 Euro statt einer nachhaltigen Inflationsabgeltung würden Arbeitnehmer:innen über einen Betrachtungszeitraum von 20 Jahren durchschnittlich 66.356 Euro verlieren.

Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Jahr 2020

Quelle: Statista



„Geld wird im Fokus stehen, denn vom Draufzahlen kann man schließlich nicht leben.“

Karl Dürtscher, Bundesgeschäftsführer der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA)

Rekordgewinne, volle Auftragsbücher

Österreichs Paradeunternehmen voestalpine hatte 2021/22 mit einem Gewinn von 1,3 Milliarden Euro das erfolgreichste Geschäftsjahr der Konzerngeschichte. Die Dividende für die Aktionär:innen hat sich mehr als verdoppelt. Und nicht nur die „Voest“ performte, insgesamt sind die österreichischen Industrieunternehmen gut unterwegs. Die Auftragsbücher sind voll, die Produktion läuft. „Ein Rekordergebnis jagt das nächste. Die Zahlen sind sensationell. Es ist ja nicht etwa so, dass die Unternehmen nichts verdient hätten“, betont Wimmer.

Trotz dieser Erfolgsstory dürfte das heurige KV-Match auf keinen „gmahden Wiesn“ ausgetragen werden. „Wir müssen vor allem darauf achten, dass bei den Verhandlungen nicht nur in die Zukunft geschaut wird, die ja ohnehin niemand kennt“, sagt Wimmer. Die Gewerkschaften stützen sich bei KV-Verhandlungen stets auf echte Zahlen. Sie verhandeln also für die vergangenen zwölf Monate (siehe Kasten). Neben der durchgerechneten Inflationsrate wird dabei die wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe berücksichtigt. Die Teuerung spüren inzwischen alle. „Selbst Voestlerinnen und Voestler, die ja nicht schlecht verdienen, sagen, dass die Teuerungen zurzeit ein Wahnsinn sind“, berichtet Schaller. Daher braucht es einen ordentlichen Lohnabschluss. Speziell im Industriebereich müsse, so Wimmer, auch über den Wert von Arbeit gesprochen

werden. Gerade in der Produktion ist eine Anwesenheit im Betrieb erforderlich. Da gibt es kein Homeoffice. „Das ist ein fundamentaler Unterschied“, wie Wimmer betont.

Rückenwind bekommen die Gewerkschaften heuer auch vom Arbeitsmarkt, der längst zugunsten der Arbeitnehmer:innen brummt. Arbeitskräfte sind gesucht und klar im Vorteil. „Facharbeiter stehen hoch im Kurs“, erklärt Wimmer.

„Ein Rekordergebnis jagt das nächste. Die Zahlen sind sensationell. Es ist ja nicht etwa so, dass die Unternehmen nichts verdient hätten.“

Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE

Handlungsbedarf im Handel

Schauplatzwechsel von den „Metallern“ in den Handel, wo zwei Drittel der Beschäftigten Frauen sind, die vielfach in Teilzeit arbeiten. Viele von ihnen haben Kinder, und unter den Müttern sind viele Alleinerzieherinnen. Sie trifft die Teuerung besonders hart. Verzweifelte Mitarbeiter:innen, die sich an Vorgesetzte und Betriebsrat wenden, weil sie trotz Arbeit ihre Zahlungen nicht mehr stemmen können, mehrten sich.

„Unsere Beschäftigten haben deutlich höhere Erwartungen als sonst, weil einfach alles viel teurer geworden ist. Viele mussten ja schon bisher auf jeden Euro schauen“, sagt Gluchman. Gegen die Teuerung hilft vor allem eines: mehr Geld. „Der Fokus liegt auf der Erhöhung der Gehälter. Das ist, was sich die Leute erwarten.“

Politische Lösungen, bitte!

Damit aus der Herbstlohnrunde kein „Wie gewonnen, so zerronnen“ wird, müsse auch die Regierung mehr für eine nachhaltige Inflationsdämpfung tun, als Einmalzahlungen anzubieten, so der einheitliche Tenor. Das wären etwa die Besteuerung von Übergewinnen, Preisdeckel-Modelle bei Haushaltsenergie, das Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel oder das Aussetzen der Indexanpassung bei Mieten, um nur einige zu nennen.

Und auch die Europäische Zentralbank (EZB) ist angehalten, ihre Zinspolitik an die aktuelle Situation mit nachhaltigen Zinsritten anzupassen, denn der im Verhältnis zum US-Dollar schwache Euro verteuert Energie und Treibstoffe, die ja in Dollar gehandelt werden, zusätzlich. ▀

ZAHLEN STATT GLASKUGEL

Die Gewerkschaften stützen sich bei KV-Verhandlungen stets auf echte, also vorliegende Zahlen. Das hat den Vorteil, dass auf Basis von Fakten argumentiert wird. Dabei wird der Durchschnitt der Inflationsraten der vergangenen zwölf Monate herangezogen. Im Juli 2022 betrug die monatliche Teuerung (enorme) 9,3 Prozent, der Schnitt der vergangenen zwölf Monate liegt bei 5,8 Prozent. Sollte die Teuerung im August ähnlich hart zu Buche schlagen, wird ein Durchschnittswert um die sechs Prozent erwartet. Branchen, die im Oktober mit KV-Verhandlungen beginnen, berücksichtigen auch die Daten für September 2022.

Argument Lohn-Preis-Spirale

Das vielleicht klassischste Argument gegen hohe Lohnabschlüsse: die Gefahr, dass höhere Löhne zu höheren Preisen führen und die Lohn-Preis-Spirale die Inflation immer weiter anheizt. Dieses Argument hat allerdings in der aktuellen Situation kein Gewicht, denn dieses Problem stellt sich einfach nicht, zumal die Inflation vor allem von den hohen Energiepreisen getrieben wird. „Die Löhne sind nicht die Treiber der Inflation“, sagt GPA-Bundesgeschäftsführer Karl Dürtscher. Gegenargument: Die Lohnstückkosten, das sind die Arbeitskosten in Relation zur Produktivität, sind 2021 um genau 0,0 Prozent gestiegen.

Argument: Die Kerninflation ist viel niedriger

Die Oesterreichische Nationalbank prognostiziert die Inflationsrate für 2022 im Jahresschnitt (Jänner bis Dezember) mit 7,6 Prozent. Die Kerninflation wird mit „nur“ 4,2 Prozent angenommen. Das ist jene Inflationsrate, wo Energie und Lebensmittel, die hohen Preisschwankungen unterworfen sind, herausgerechnet werden, zumal deren Ursachen nicht innerhalb der betrachteten Volkswirtschaft liegen – also nicht hausgemacht sind. Das ist zweifellos gut zu wissen, nützt einem jedoch konkret wenig, wenn man heizen, waschen, essen muss und die hohen Preissteigerungen ja weder von der Stromrechnung abziehen noch an der Supermarktkassa herausrechnen kann.

Das System ist an seine Grenzen gestoßen

Warum Energie-Gutscheine nur Symptome bekämpfen – und warum kein Weg an einer europäischen Lösung der Energiekrise vorbeiführt – damit die Lichter nicht ausgehen. Ein erhellendes Gespräch mit Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand der E-Control.

INTERVIEW EVA WINTERER, ALEXANDER FOGGENSTEINER

Arbeit&Wirtschaft: Bundeskanzler Karl Nehammer bezeichnete die Entwicklung auf den Energiemärkten zuletzt als „Irrsinn“. Was ist die Ursache dieses Irrsinns?

Urbantschitsch: Die Ursache ist der hohe Gaspreis.

Warum explodieren die Gaspreise?

Neben der Hauptursache, der künstlichen Verknappung des Gases durch den zentralen Exporteur Russland, führt der Krieg zu Verunsicherungen über Gaslieferungen, Gasspeicherstände und die Situation im kommenden Winter. Hinzu kommen von europäischer Seite Aussagen wie „Wir müssen gut durch den Winter kommen“ und „Wir müssen Gas kaufen“. Das alles hat dazu geführt, dass die Preise gestiegen sind.

Das wirkt sich auch auf den Strompreis aus. Nach dem Nuklearunfall in Fukushima hat eine Megawattstunde 20 Euro gekostet, vor zwei Jahren 50 bis 60 Euro und vorige Woche 985 Euro.

Der Strompreis richtet sich nach der Einheit, die gerade noch benötigt wird, um den gesamten Bedarf decken zu können, die berühmte Merit-Order-Regel. Um eine Megawattstunde Strom herstellen zu können, braucht man zwei bis zweieinhalb Mega-



wattstunden Gas. Sie können hochrechnen, was es für den Strompreis bedeutet, wenn der Gaspreis ansteigt. In der letzten Augustwoche ist noch etwas eingetreten: Der Gaspreis ist gestiegen, jedoch der Strompreis im Verhältnis dazu noch höher. Und es wird immer weniger Strom gehandelt. Das hat zu weiteren Turbulenzen geführt. Dazu sind die Trockenheit und niedrige Wasserführung der Flüsse gekommen.

Und mittelfristig, wie sieht es da aus?

Wir brauchen so viele Erzeugungskapazitäten, wie nur irgendwie möglich. Der Ausbau der Erneuerbaren ist wirklich die Lösung. Allerdings nicht für den kommenden Winter – denn so schnell geht es nicht.

Könnte der angesprochene Merit-Order-Algorithmus nicht so programmiert werden, dass er eben die Erneuerbaren voranstellt und sich nicht an Gaskraftwerken orientiert?

Dieser Algorithmus hat mit einer Besonderheit des Produkts Strom zu tun. Er bildet nicht nur den Handel mit dem Produkt Strom ab, sondern auch die Netze, die gebucht und verkauft werden müssen, um die eingekaufte Menge Strom zu den Verbraucher:innen zu bringen. Am Ende der Berechnung durch den Algorithmus kommt heraus, wie viele Geschäfte man abschließen kann, um möglichst alle mit Strom zu versorgen. Das ist der berühmte EUPHEMIA-Algorithmus. Mit einer Änderung des Algorithmus allein ist es nicht getan. Es müssen auch die Kapazitätsberechnungen geändert werden. Das dauert seine Zeit. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass man in diesen Algorithmus eingreift, aber was kurzfristig machbar ist, sind andere Möglichkeiten, die jetzt skizziert werden.

Das heißt konkret?

Man muss jetzt schauen – was natürlich bitter ist –, dass die fossilen Energieträger, wie etwa Kraftwerke, die Strom etwa aus Gas erzeugen, günstiger werden. Denn dadurch geht der Gesamtpreis hinunter. So wie die

Spanier und Portugiesen es gemacht haben. Nur braucht es Begleitmaßnahmen, damit der günstigere Strom nicht in Nachbarregionen verkauft wird und nicht mehr Gas verbraucht wird. Andere Möglichkeiten, die diskutiert werden, laufen darauf hinaus, dass man im Prinzip die Gaskraftwerke nicht in der Preisbestimmung berücksichtigt. Eine dritte Möglichkeit kann darin bestehen, dass man die Nachfrage reduziert: Wenn ich weniger Strom benötige, brauche ich weniger Kraftwerke und komme mit dem Angebot jener Kraftwerke aus, die etwas günstiger sind.

Das Strommarktdesign ist nun in die Brüche gegangen. Müsste jetzt nicht das System grundsätzlich verändert werden?

Bisher hat es gut funktioniert. Wir sehen aber, dass das System offensichtlich in Zeiten der massiven Marktverwerfungen durch Marktmanipulationen an seine Grenzen stößt. Jetzt muss man kurzfristig einschreiten und auf europäischer Ebene das Strommarktdesign so anpassen, dass man erst einmal gut durch die Krise kommt. Darüber hinaus muss man überlegen, wo nachjustiert werden kann. Grundsätzlich bleiben die Ziele gleich: Versorgungssicherheit zu vernünftigen Preisen und das Ganze nachhaltig. Diese Krisensituation ist zugleich



WOLFGANG URBANTSCHITSCH

Geb. 1969 in Graz. Der studierte Jurist begann seine Karriere an der Universität Graz und als Mitarbeiter am Verfassungsgerichtshof. 1999 bis 2001 Rechtsabteilung der Telekom-Control GmbH, ab 2001 Leiter der Rechtsabteilung bei der E-Control und seit 2016 deren Vorstand.

ein Booster dafür, dass wir die Erneuerbaren ausbauen. In dem Augenblick, wo wir mehr Erneuerbare haben, gehen die Preise automatisch hinunter.

Wird es darum beim EU-Energieministerat am 9. September gehen ...

Richtig. Die tschechische Ratspräsidentschaft und auch die Europäische Kommission haben das angekündigt.

Hätte man nicht schon früher auf eine europäische Lösung drängen sollen?

Das ist eine berechtigte Frage, weil diese Lösungen immer auch teils unabsehbare Nachteile haben. Letztlich kann man es nur europäisch lösen.

Wie kann die Republik Österreich eingreifen, um den Endkund:innen und Privatunternehmen günstigen Strom zur Verfügung zu stellen?

Was die Bundesregierung und Landesregierungen machen können, ist, die Menschen direkt zu unterstützen.

Mit Gutscheinen?

Unter anderem. Das ist allerdings reine Symptombekämpfung. Grundsätzlich hat jedoch die Verbundenheit mit den anderen Märkten ja in den vergangenen Jahren sehr gut funktioniert. Die Liberalisierung der Energiemärkte in der EU brachte günstige Preise für Konsument:innen und auch für die Wirtschaft und stärkte die Versorgungssicherheit.

Der Strompreis geht durch die Decke und mit ihm die Gewinnmargen. Viele Produzent:innen machen sensationelle Übergewinne.

Es steht vollkommen außer Zweifel, dass das, was manche Unternehmen aufgrund ihrer günstigen Produktionsstruktur erwirtschaften, tatsächlich völlig jenseitig von den Kosten ist: Der Verkaufspreis für Strom liegt zuweilen um 600 oder 800 Euro pro MWh, die Erzeugungskosten sind ein Bruchteil davon. Und deswegen kann ich



Es wird vielleicht ein Jahr dauern, bis die Preissenkungen auf dem Strommarkt bei den Endkund:innen ankommen, so Wolfgang Urbantschitsch.

verstehen, dass die Politik überlegt, hier mit einer Steuer einzugreifen.

Wie müsste das kontrolliert werden, und wer ist zuständig?

Die Frage nach der Übergewinnsteuer ist eine politische. Jedenfalls haben diese hohen Preise ein Ausmaß angenommen, wo man schon sagen kann, mit diesen hohen Preisen als Kalkulationsgrundlage hat keiner gerechnet, der jemals in ein Kraftwerk investiert hat.

Was kann denn die E-Control konkret für Konsument:innen machen, um die Auswirkungen der Teuerung abzufedern?

Wir regulieren die Strom- und die Gasnetze. Das heißt, unsere Aufgabe besteht darin, bei den Netzbetreibern die Kosten zu prüfen und das Regulierungsmodell vorzugeben, um für Investitionen und einen effizienten Netzbetrieb zu sorgen.

Im Bereich der Marktaufsicht geht es um faire Wettbewerbsbedingungen. Und wir betreiben auch eine Beratungsstelle für alle Energiefragen. Es ist wichtig, dass sich jeder mit dem Thema beschäftigt und die notwendigen Informationen erhält, um Energie effizient einzusetzen.

Wir haben über den hohen Gas- und Strompreis gesprochen. Gleichzeitig sehen wir hohe Kohlepreise, Holz- und Pelletspreise.

Die Energieträger stehen in einem Verhältnis zueinander. Wenn jetzt die Preise für Gas und Strom steigen, dann versuchen auch Pellets-Produzenten und andere, höhere Preise unterzubringen. Oder Betreiber:innen von Photovoltaikanlagen: Die haben irgendwann 10.000 Euro für die PV-Anlage bezahlt. Sie speisen die Überschüsse ins öffentliche Netz. Vor einem Jahr habe sie vier Cent pro kWh bekommen, heute sind es ungefähr 30. Natürlich nehmen sie das Geld.

Es wird viel über staatliche Kreditrahmen von Energieunternehmen diskutiert. In Deutschland wurde so etwa der Energieanbieter Uniper vom Staat gerettet. Warum gibt es das in Österreich noch nicht?

Weil die österreichischen Unternehmen anders aufgestellt sind und bis vor Kurzem keinen Bedarf angemeldet haben. Die Unternehmen haben kürzlich nochmals bestätigt, dass sie keine Liquiditätsprobleme haben. Sollten jedoch Informationen darüber vorliegen, dass dem nicht so ist, macht es Sinn, einen solchen staatlichen Rahmen nochmals näher zu prüfen. Die OMV verfügt über

einen langfristigen russischen Gasbezugsvertrag, aber gleichzeitig auch über Anteile an Gasfeldern in Norwegen und anderen Quellen. Die OMV sagt, sie kann die russischen Mengen bei einem Ausfall kompensieren und nach Österreich bringen.

Wie können diese Energiemengen auch physikalisch nach Österreich gebracht werden?

Für die Mengen, die die OMV hat, ist es möglich. Das ist ein ganz wesentlicher Baustein für den kommenden Winter plus die strategische Reserve. Der Staat hat ja vier Milliarden Euro in die Hand genommen, um 20 Prozent des Gasbedarfs zu kaufen. Das wird gerade eingespeichert.

Heißt das, wir brauchen die Notfallpläne nicht?

Im besten Fall brauchen wir sie nicht. Wir stehen heute viel besser da als noch vor einigen Wochen. Die Gasspeicher sind zu mehr als zwei Dritteln voll. Und auch größere Industrieunternehmen speichern selbst Gas ein, auf das sie zugreifen können.

Die Haushalte sind also versorgt?

Die Haushalte sind versorgt.

„Wir sehen, dass das System offensichtlich in Zeiten der massiven Marktverwerfungen durch Marktmanipulationen an seine Grenzen stößt.“

Wolfgang Urbantschitsch, Vorstand der E-Control

Aber das ist nicht gesichert. Könnte die OMV das Gas verkaufen, wenn der Preis passt?

Würde die OMV die Gasmengen, die in Österreich gelagert sind, um einen höheren Preis ins Ausland verkaufen, würde sie ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ihren Kund:innen nicht nachkommen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das passiert. Ein Händler aber, der Gas in österreichischen Speichern lagert, könnte sich das überlegen.

Wie hoch ist der Anteil dieser Händler in Österreich?

Das ist schwer zu sagen. Gesichert kann man es erst zu Winterbeginn sagen. Das ist leider die Frage, die man nie abschließend beantworten kann: Wem gehört das Gas, oder für wen ist es bestimmt? Fix ist aber, dass die staatliche Reserve von 20 TWh ausschließlich für Österreich bestimmt ist.

Anfang August haben Sie gesagt, dass Konsument:innen im Schnitt 300 Euro jährlich für Strom mehr bezahlen werden. Hat sich an der Zahl etwas geändert?

Ich hoffe, dass möglichst wenige Nachzahlungen kommen. Und ich hoffe, dass die Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen angepasst werden. Ich höre, das machen nicht alle Unternehmen. Um hohe Nachzahlungen zu vermeiden, sollten alle, die Preiserhöhungen erwarten und den wirtschaftlichen Spielraum haben, monatlich

etwas mehr zahlen, damit sie sich die große Nachzahlung ersparen.

Angesichts der schon steigenden Belastungen werden Sie 2023 Anpassungen bei den Netztarifen aussetzen?

Nein, wir müssen die Anpassungen vornehmen, wie üblich mit 1. Jänner.

In welcher Größenordnung bewegen Sie sich da?

Es wird eine Steigerung geben, wir sind noch am Prüfen.

Wenn Sie eine Prognose machen: Wo stehen die Energiepreise in Österreich Ende des Jahres?

Ich denke, dass das, was jetzt zum Beispiel in Wien oder Niederösterreich bezahlt wird, ungefähr der Preis sein wird, der sich in den nächsten Monaten in Österreich auf dem Strommarkt einpendeln wird. Beim Großhandelsmarkt ist jetzt die Unsicherheit auf dem Gasmarkt eingepreist. Wenn diese Unsicherheit entfällt, weil genug Gas da ist, könnten die Preise sogar etwas sinken. Aber das ist jetzt der Blick in eine Glaskugel.

Wie lang kann es dann dauern, bis Preissenkungen auf dem Strommarkt bei den Endkund:innen ankommen?

Vielleicht ein Jahr. Es sind immer Mischpreise, und man kann daher nicht sagen, ob der Großhandelspreis von heute der End-

kund:innenpreis von morgen ist. Das hängt von sehr vielen Einflussgrößen ab, etwa wie das Erzeugungsportfolio eines Energieunternehmens ist, wie lange das Unternehmen im Voraus beschafft oder wie groß die Vorräte sind.

Es gibt für private Haushalte das Vehikel der Grundversorgung. Das ist das unterste Energie-Sicherheitsnetz. Macht es für Konsument:innen Sinn, sich darauf zu berufen?

Ja, es ist nur im Augenblick ein Instrument, das noch immer sehr wenig genutzt wird. Grundsätzlich bedeutet die Grundversorgung, dass Kund:innen immer einen Vertrag bekommen. Sie haben das Recht, sich an jeden Lieferanten zu wenden, etwa in Fällen von schlechter Bonität. Es ist ein unbedingtes Recht. Der Lieferant kann eine Anzahlung oder Sicherheitsleistung für einen Monat verlangen.

Und Abschaltungen?

Es gab während der Pandemie einen freiwilligen Abschaltverzicht der Branche, der immer wieder verlängert wurde. Die E-Control macht ein laufendes Monitoring, und es zeigt sich, dass die Abschaltungen weit unter dem Dreijahresmittel vor der Pandemie sind. Die Unternehmen halten sich bei Abschaltungen sehr zurück.

Danke für das Gespräch!

Fairen Ausgleich schaffen

Die wichtigsten Preistreiber (07/2022)

Wohnung, Wasser, Energie

+12,5 %

Verkehr

+21,8 %Nahrungsmittel,
alkoholfreie Getränke**+12,2 %**Quelle: Austrian Recovery Barometer,
Statistik Austria, 1.9.2022

Die Inflation rast durch die Decke. Die Preistreiber sind weitgehend Dinge des täglichen Bedarfs. Wird die Teuerung nicht gestoppt, ist das Leben für viele

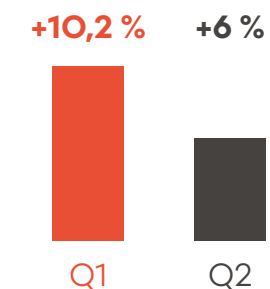
Aktuelle Preistreiber sind Lebensmittel, Wohnen, Mobilität und Energie. Im Bereich Verkehr gab es im Juli 2022 sogar einen Anstieg von 21,8 Prozent.

nicht mehr leistbar. Gleichzeitig wächst die Wirtschaft, Krisengewinner schlagen aus der Situation Profit. Daher wäre jetzt der Zeitpunkt, Übergewinne zu besteuern.

Der Wirtschaft geht es gut, den Menschen nicht. Während viele unter der Inflationslast ächzen, bewegt sich die Wirtschaftsleistung weiter auf Vorkrisenniveau.

Die Wirtschaft wächst im ersten Halbjahr 2022 weiter

Entwicklung des BIP:
Reales Wachstum zum Vorjahresquartal in Prozent

Quelle: Austrian Recovery Barometer,
Statistik Austria, 1.9.2022

Anteil der Ausgaben für Wohnen und Energie am Haushaltseinkommen

Einkommensschwächstes Zehntel

45 % 19,5 % 5,2 %

Einkommensstärkstes Zehntel

16,8 % 20,4 %

7,1 %

- Wohnen, Energie
- Ernährung, alkoholfreie Getränke
- Verkehr

Quelle: Verteilung der Äquivalenzausgaben,
Verbrauchsausgaben 2019/20,
Statistik Austria

Jene, die wenig haben, sind am stärksten betroffen. Das ärmste Zehntel wendete 2020 für Wohnen und Energie fast die Hälfte des monatlichen Haushaltsbudgets auf.

Energieunternehmen zählen zu den Krisengewinnern. In einigen Ländern gibt es eine Übergewinnsteuer, etwa in GB – mit jährlichen Mehreinnahmen von 5,9 Mrd. Euro.

Die Gewinner der Energiekrise müssen einen Beitrag leisten

Länder mit Übergewinnsteuer für Energieunternehmen
& jährliche Mehreinnahmen für den Staat

Großbritannien: 5,9 Mrd. Euro
Spanien: 3,5 Mrd. Euro
Italien: 10 Mrd. Euro
Ungarn: 2 Mrd. Euro
Griechenland: 400 Mio. Euro

Quelle: ÖGB-Grundlagenabteilung, 2022

Ein ungezähmtes Energiebündel

Die Energiemärkte sind außer Rand und Band, die Preise explodieren. Da hilft nur noch eines: Der Markt muss an die Kandare genommen und neu geregelt werden. Es braucht also eine politische Entscheidung.

TEXT SIMON KRACKOWIZER



Er: „Hast du deine Strom- und Gasvorschrift schon bekommen?“ Sie nickt und sieht zu ihrem nebenan schlafenden Kind hinüber. Er: „Und?“ Sie verzieht das Gesicht und sagt ratlos: „Hat sich verdoppelt! Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll.“

Kein Mensch hat früher mit Freund:innen oder Angehörigen über die Strom- und Gasrechnung gesprochen, doch mittlerweile ist das Thema sogar an Österreichs Stammtischen so salonfähig wie das Wetter. Vor dem Hintergrund aus den Fugen geratener Energiemärkte samt irren Preissteigerungen fragen sich die Menschen in Österreich, wie sie mit diesen zusätzlichen Belastungen durch den Herbst und Winter kommen sollen.

Explodierende Preise an den Energiebörsen sorgen dafür, dass die Preiserhöhungen in durchschnittlichen österreichischen Haushalten laut Kurier für Energieallianz-Kund:innen mit rund 2.000 Euro zu Buche schlagen. Eine Turboteuerung dieser Größenordnung trifft alle hart, aber ganz besonders jene, die schon vorher Probleme hatten, ihre Wohnungen einigermaßen warm zu halten – sogenannte energiearme Haushalte. Dazu zählen Haushalte, deren Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen und die zugleich überdurchschnittlich hohe Energiekosten tragen müssen. Das sind größere Haushalte mit Kindern, wo täglich gekocht, gewaschen und geduscht werden muss. Rund 140.000 Haushalte in Österreich galten zuletzt als energiearm – und es werden mehr werden. Im Schnitt kommen auf sie laut Momentum Institut rund 490 Euro pro Haushalt an zusätzlichen Energiekosten zu.

Unterdessen melden Energieversorger im Spätsommer, dass die Anfragen wegen Zahlungsproblemen stark gestiegen sind. Das zeigt: Energie ist kein Gut wie jedes andere, sie ist wesentliche Grundlage unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Und nicht nur die Privathaushalte können die Gas- und Stromrechnung nicht mehr stemmen, auch Unternehmen schlagen Alarm. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer (WKÖ), spricht von einem „Aufschrei der Unternehmen, lauter als in Covid-Zeiten“. „Egal, ob Klein- oder Großbetrieb: Die Vervielfachung der Energiekosten ist existenzgefährdend. Es geht ums wirtschaftliche Überleben und um viele Jobs“, sagt der WKÖ-Chef.

Einfach zauderhaft

Während Politiker:innen anderer Staaten wie etwa in Spanien und Portugal seit dem Frühjahr aktiv sind, um ihre Bevölkerung durch einen Gaspreisdeckel (Entkoppelung des Gasmarktes vom Strommarkt) vor steigenden Strompreisen und den dramatischen Folgen der Geldentwertung zu bewahren, wollte Bundeskanzler Karl Nehammer lange nichts von Eingriffen in den Markt wissen.

Erst Ende August vollzog der Kanzler eine unerwartete verbale Kehrtwende, nachdem Gewerkschaften, Arbeiterkammer, Opposition und Ökonom:innen monatelang von ihm einen Strompreisdeckel gefordert hatten: „Wir müssen diesen Irrsinn, der sich der-



„Der Markt muss endlich an die Leine, sonst besteht die Gefahr, dass im Winter viele Wohnungen kalt bleiben“, sagt Dorothea Herzele, Energieexpertin in der AK Wien.

zeit auf den Energiemärkten abspielt, endlich stoppen“, sagte er schließlich. Und: „Der Markt wird sich in der derzeitigen Form nicht von selbst reduzieren. Daher muss der Strompreis vom Gaspreis entkoppelt werden.“ Im Klartext ist das ein „Ja“ zu Markteingriffen auf Großhandelsebene. Jetzt müssen am 9. September beim Treffen der EU-Energieminister:innen in Prag nur Nägel mit Köpfen gemacht werden. „Denn der Markt muss endlich an die Leine“, so Dorothea Herzele, Energieexpertin in der Arbeiterkammer Wien (AK). Und sie ergänzt: „Wenn wir es nicht schaffen, dass sich die Menschen Energie leisten können, besteht die Gefahr, dass im Winter viele Wohnungen kalt bleiben.“

„Der Grundbedarf an Heizenergie muss günstig zur Verfügung stehen und möglichst klimafreundlich bereitgestellt werden.“

**Joel Tölgyes, Umweltökonom
im Momentum Institut**

Falsch gepolter Strommarkt

Gas ist teuer. Aber was hat das mit dem teuer gewordenen Strom zu tun? Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hat ein wahres energie- und wirtschaftspolitisches Beben nach sich gezogen. Grund dafür ist das sogenannte Merit-Order-System an den Energiebörsen. Diese Regel gibt derzeit die Einsatzreihenfolge der Stromproduzenten vor. Alles richtet sich bei diesem Marktmodell nach der Wirtschaftlichkeit. Das heißt: Zuerst werden günstige Energieerzeugungsformen wie Wasserkraft oder Windstrom ans Netz genommen. Je



**Joel Tölgyes, Umweltökonom im Momentum Institut,
rät Verbraucher:innen, wenn möglich auf
Preisbindungen zu setzen.**

mehr der Bedarf steigt, desto mehr Kraftwerke müssen Strom liefern. Am Schluss liefern die teuersten den Strom. Und letztlich bestimmen die Kosten des jeweils teuersten noch notwendigen Kraftwerks, um die Nachfrage zu decken, den Marktpreis für Strom, den dann alle Produzenten für ihren Strom bekommen – egal, ob sie diesen mit günstiger Wasserkraft, günstiger Photovoltaik, günstiger Windkraft, günstigem Öl oder teurer Kohle und teurem Gas erzeugt haben.

Seit Monaten wird die aktuelle Marktsystematik infrage gestellt. Neben dem teuren Gaspreis gibt es etliche weitere Gründe für den Höhenflug auf den Märkten:

1 / Etwa die Hälfte der französischen Atomkraftwerke neuerer Bauart ist im Sommer vom Netz gegangen, weil die Schweißnähte der Reaktoren überprüft werden müssen.

2 / Die Flüsse in Europa führen aufgrund der monatelangen Trockenheit weniger Wasser als sonst und liefern daher auch weniger Strom. Dadurch wird derzeit um etwa ein Drittel weniger Strom aus Wasserkraft produziert als in einem „normalen“ Jahr.

3 / Aufgrund des Niedrigwassers gelangt Kohle schwieriger zu Kraftwerken und Industriekunden.

4 / Händler auf den Märkten zocken und befeuern die Medien mit Gerüchten: „Nord Stream 1 wird für drei Tage stillgelegt. Wird Gas danach wieder fließen?“ Das erzeugt bisweilen Hysterie, die auch den Preis treibt.

Versorger unter Kaufzwang

Die Märkte leben aber nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft. Energieversorger, die ihre Kund:innen im kommenden Winter zuverlässig versorgen wollen und sich dafür jetzt absichern, müssen jetzt, wo Händler die Preise nach oben treiben und die Märkte verrücktspielen, besonders tief in die Tasche grei-

fen, um nach den Regeln der Börse zu tanzen. Nachdem Händler den Strompreis an der Leipziger Strombörse EEX zuletzt am 26. August bei niedrigen Handelsvolumina von knapp 800 Euro/MWh auf knapp 1.000 Euro/MWh getrieben hatten, setzten die Verantwortlichen nicht etwa den Handel an der Börse aus. Im Gegenteil: Die Börsengeschäftsführung erklärte zwei Tage später in einer Aussendung, „dass ein temporärer Stopp des Marktes nicht erforderlich“ gewesen sei.

In diesem Zusammenhang stellt Herzele klar: „Die Leipziger Börse EEX sollte dringend überprüft werden. Finanzakteure sollten nicht an dieser Börse teilnehmen dürfen.“ Denn durch sie bestehe die Gefahr, dass sie durch ihre Geschäftspolitik die Preise noch stärker anheizen. „Nur jene, die nachweislich ein Handelsinteresse haben, sollen zum Handel an Energiebörsen zugelassen werden“, fordert sie. Das betrifft sowohl Strom- als auch Gasbörsen.

Die Energiegewinnler

Hersteller von erneuerbarer Energie wie die halbstaatliche Verbund AG, aber auch private Betreiber von Wind- und Solarparks, Verkäufer von Holz und Pellets sowie Unternehmen, die wie die OMV Öl und Gas verkaufen, erzielen gerade enorme Verkaufspreise und damit „sogenannte krisenbedingte Zufallsgewinne“, wie Dorothea Herzele es nennt. Die hohen Energiepreise werden auf die Konsument:innen überwältzt, die nun viel mehr für Energie bezahlen müssen, weil die Strom-, Gas- und Fernwärmekosten gestiegen sind. Fernwärme zum Beispiel wird heuer in der Steiermark nach zwei Preiserhöhungen um insgesamt 94 Prozent teurer und in Wien ab 1. Oktober um 92 Prozent.

Knappes Erdgas

In der aktuellen Situation sind Leistbarkeit und Nachhaltigkeit des energiepolitischen Dreiecks außer Tritt, und sogar die Versorgungssicherheit ist bedroht. „Geschuldet ist das dem knapper werdenden Erdgas in Europa, weil Russland den Gashahn mehr und mehr zudreht“, erklärt Herzele. Zuletzt hatte der russische Gasanbieter Gazprom deutlich weniger Gas nach Europa geliefert. Die gute Nachricht: Die heimischen Gasspeicher waren zu Redaktionsschluss Anfang September zu zwei Dritteln voll.

Um weiteres Gas nach Österreich zu bringen, hat die Gas Connect Austria rund 40 Terawatt an Leitungskapazitäten ersteigert, damit die Leitungen für zusätzliches Gas aus der Nordsee offen sind. Damit das passiert, hat die Bundesregierung eine Förderung in der Größenordnung von 100 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Beahlt werde aber nur dann, wenn das Gas auch wirklich physisch in Österreich ankommt. Ob auch jenes Gas, über das die Bundesregierung im Frühjahr 2022 in den Vereinigten Arabischen

Emiraten medienwirksame Verhandlungen führte, jemals physisch nach Österreich kommen wird, zweifeln Branchenkenner:innen an.

Wege aus der Misere

Hoffnungsschimmer ist nun, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang des kommenden Jahres eine langfristige Reform des Strommarktes in der EU einleiten will. Um eine Entlastung herbeizuführen, ist die Rede davon, dass das iberische Modell (siehe Kasten) für die Preisdämpfung herangezogen werden soll.

Auch auf nationaler Ebene sei laut Herzele ein Energiepreis-Deckel wünschenswert, wie ihn der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) vorgelegt hat. Dabei solle Haushalten Strom zu einem vergünstigten Preis angeboten werden: So soll der Grundbedarf für alle Haushalte preislich gedeckelt werden. Ein Haushalt bezahlt dabei einen regulierten, niedrigeren Preis für ein bestimmtes Volumen an Energie, die fürs Kochen, Duschen oder Wäschewaschen gebraucht wird. Wer mehr Strom verbraucht, weil etwa ein Pool beheizt wird oder der Fernseher die ganze Nacht durchläuft, zahlt für diesen Mehrverbrauch den normalen, höheren Marktpreis. Dieser Preisdeckel sollte auch auf Gas und Fernwärme erweitert werden.

Joel Tölgyes, Umweltökonom beim Momentum Institut, meint, dass „der Grundbedarf an Heizenergie günstig zur Verfügung stehen und obendrein möglichst klimafreundlich bereitgestellt werden sollte – etwa über erneuerbare Fernwärme“. Wer jedoch seinen Pool heize, sollte dafür zur Kasse gebeten werden.

Für Einkommensschwache schlägt die AK noch einen Energiepreisdeckel plus vor. Dabei sollen Menschen, die von der GIS befreit sind, weiter entlastet werden. Beahlt werden sollen die Strompreisdeckel durch eine Abschöpfung der Übergewinne der Energiepreisgewinnler – „also durch eine Steuer“, sagt Herzele. Die Bundesregierung hat angekündigt, Anfang September ein Modell einer Strompreisbremse vorzustellen, die dem ÖGB-Modell ähnlich sein soll. Wir werden sehen.

Was hilft jetzt?

Anbieterwechsel sind momentan eine schlechte Idee, denn wer seinen Strom- oder Gasanbieter wechselt oder wechseln muss, kann damit rechnen, dass sein neuer Vertrag, wie Herzele sagt, „nur noch an börsenorientierte Tarife gekoppelt ist. Da kann es zu enormen monatlichen Preisschwankungen kommen.“ Aber was können Konsument:innen in dieser scheinbar ausweglosen Situation machen?

Tölgyes rät Verbraucher:innen dazu, „auf Konsumentenschutz:innen oder Energiemarktexpert:innen zu hören und wenn möglich auf Preisbindungen zu setzen“. Und Dorothea Herzele sagt: „Wir von der AK haben für die Haushalte durchgesetzt, dass Konsument:innen im Falle von hohen Nachzahlungen ein Recht auf Ratenzahlung von bis zu 18 Monaten haben.“ ▮

FRAGE DES HANDELNS

Spanien und Portugal haben nach wochenlangen harten Verhandlungen mit der EU per Ende April einen Gaspreisdeckel für Gaskraftwerke, die Strom erzeugen, etabliert. Um die steigenden Energiekosten zu stabilisieren, deckelten Madrid und Lissabon den Preis für Erdgas pro Megawattstunde (MWh) für vorerst zwölf Monate auf 50 Euro. Damit schafften es Spanien und Portugal Ende August, den Strompreis auf 180 Euro je MWh zu drosseln, während der Preis im Rest Europas bei 600 Euro je MWh lag. Mit dieser Maßnahme haben sie eine Vorreiterrolle bei Antiteuerungsmaßnahmen übernommen und gelten nun als Praxis-Vorbild für die Umsetzung auf gesamteuropäischer Ebene. Spanische Ökonom:innen sahen darin eine Lösung, die auch EU-übergreifend sinnvoll wäre.

Für den 9. September 2022 hat die tschechische Ratspräsidentschaft nun einen Gipfel der EU-Energieminister:innen einberufen, bei dem intensiv über Möglichkeiten zur Senkung des Strompreises diskutiert und hoffentlich entschieden wird. „Die Maßnahmen zur Dämpfung der Stromgroßhandelspreise sollten EU-weit gleichzeitig durchgeführt werden. So vermeiden wir Preisverzerrungen zwischen den Ländern“, meint dazu AK-Expertin Herzele.

Zusätzlich hebt sie im Interview mit Arbeit&Wirtschaft hervor, dass die Leipziger Börse EEX dringend überprüft werden sollte. Finanzakteure sollten nicht an der Strombörse teilnehmen dürfen. Denn es bestehe die Gefahr, dass sie durch ihre Geschäftspolitik die Preise noch stärker anheizen, so Herzele.

Neben der Reform des europäischen Strommarktdesigns sprach sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Vorfeld des EU-Treffens für die Umsetzung weiterführender Notfallinstrumente aus. So schrieb sie am 30. August 2022 den Energieunternehmen folgende Devise ins Stammbuch: „Ihr könnt einen gewissen Gewinn machen. Aber nicht alles weit über dem ‚Erträumten‘ hinaus kann bei euch bleiben, sondern wir müssen diesen Teil nehmen, um kleinen Einkommen und Unternehmen, die in Schwierigkeiten sind, zu helfen.“

Haus des Geldes

Verschärfte Vorgaben bei Krediten, eine Inflation, die Angst macht, Steigerungen beim Baukostenindex und den Grundstückspreisen: Ein Haus zu bauen ist mittlerweile so spannend wie ein Krimi.

TEXT GEORG SANDER

Der Traum vom Haus im Grünen lebt – aber nur, wenn man genug Geld hat. Viele andere haben den Traum wohl ausgeträumt. Das hat viele Gründe, einer davon ist, „dass die durchschnittliche Wohnungsgröße in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist“, führt Christian Fölzer, Gewerkschaft Bau-Holz und selbst Aufsichtsrat bei zwei Wohnbaugenossenschaften, aus. Zur Einordnung: Anfang der 1990er-Jahre waren es laut Statistiken rund 85 Quadratmeter, 2020 schon 100.

Zudem nahm die Bevölkerung in Österreich in den letzten Jahrzehnten zu: „1980 lebten rund 7,5 Millionen Menschen in Österreich, im Jahr 2000 rund acht, nun neun.“ Diese wohnen zu knapp 60 Prozent in Gemeinden mit 10.000 Einwohner:innen und mehr. Das führt fast zwangsläufig zu höheren Preisen. Dies alles sei bei der gegenwärtigen Diskussion zu bedenken, so Fölzer. Zusätzlich attraktivierte die Niedrigzinsphase der letzten Jahre die Anlageform „Vorsorgewohnung“ und zog Unternehmen an, die im großen Stil Häuser bauten und verkauften – was den Preis von Grundstücken sowie die Baukosten in die Höhe trieb.

Preise steigen, Laune sinkt

Von den stark steigenden Preisen bei Eigenheimen sind vor allem jene betroffen, deren Lebensmittelpunkt in einer ländlichen Region liegt, wo es oftmals weniger oder direkt vor Ort keinen öffentlich geförderten Wohnbau gibt. Es betrifft also meist Durchschnittsverdiener:innen, und nicht jene, die sich ein Haus im Grünen leichter leisten können und eben mehr zahlen müssen als gedacht. „Die Kaufpreise für Baugrundstücke steigen sehr stark“, weiß Josef Kaufmann aus der Abteilung Marktforschung der AK Steiermark aus einer WKO-Untersuchung. „Es gibt Steigerungen von 20 bis 25 Prozent in durchaus ländlichen Gebieten wie Neusiedl am See oder



Wels-Land. Das ist nicht Wien oder Salzburg.“ Die Verdrängung findet immer weiter Richtung Peripherie statt und treibt die Preise dort. Die Baugrundstücke und die Immobilienpreise sind die eine Sache, die Errichtungskosten die andere. Ein Indikator ist der Baukostenindex, der die Entwicklung der Kosten abbildet, die den Bauunternehmen bei der Ausführung von Bauleistungen durch Veränderung der Kostengrundlagen (Material und Arbeit) entstehen. Verglichen mit Juni 2021 stieg dieser Wert um 10,7 Prozent. Verantwortlich zeichnen im Wohnhaus- und Siedlungsbau Stoffe wie etwa Holz, Schaumstoffplatten oder Treibstoffe. Doch damit nicht genug: Die Finanzierung des Eigenheims wird auch noch durch strengere Kreditvergaberichtlinien erschwert.

Lax verschuldet

Bankkredite für einen Hausbau zu bekommen, das war bislang einfacher als andernorts. Die Europäische Zentralbank bezeichnete Österreichs Banken in diesem Punkt Anfang des Jahres als zu lax, die Hälfte der Immobilienkredite erfüllt die Mindestkriterien des Europäischen Rates für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) nicht. Seit 1. August lauten die Vorgaben der Finanzmarktaufsicht (FMA) für eine nachhaltige Kreditvergabe vereinfacht ausgedrückt: Rund 20 Prozent des Kaufpreises müssen als Eigenmittel vorliegen, die Kreditrate darf höchstens 40 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens ausmachen, und die Laufzeit der Finanzierung darf 35 Jahre nicht übersteigen.

ÖGB und AK begrüßen die neue Verordnung, da sie auch zum Schutz von Verbraucher:innen vor Überschuldung beiträgt. Für die Banken waren und sind Immobilienfinanzierungen mit und ohne steigende Preise ein gutes Geschäft, wie Gerhard Augustin, Konsumentenberater der AK OÖ, dazu erklärt: „Kostete eine Liegenschaft vor fünf Jahren beispielsweise 300.000 Euro und gerät der Kreditnehmer nun bei der Rückzahlung in Schwierigkeiten, dann ist das Risiko eines teilweisen oder gänzlichen Kreditausfalles für die Bank aktuell besonders gering, weil die Immobilienpreise explodiert und dadurch hohe Verwertungserlöse zu erwarten sind.“

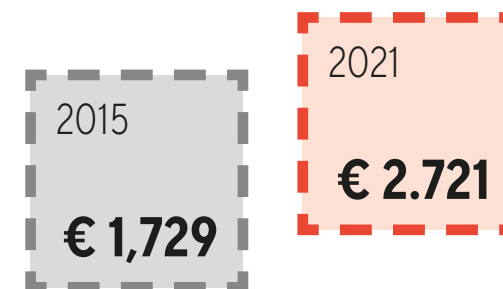
Unsichere Zukunft

Denn Augustin weiß: „Diese Gemengelage mit steigenden Kosten und möglicher steigender Verzinsung bei variabel verzinsten Krediten könnte für Probleme sorgen, zunächst beim Kreditnehmer, dann bei den Banken, in weiterer Folge könnte es zu einem ganz allgemeinen massiven Immobilienpreisverfall kommen.“ Ob das kommt, kann aber keiner vorhersehen.

Darüber hinaus stellt sich in der heutigen Zeit schon auch die Frage, wie klimafit das Wohnen auf dem Land ist – betreffend Energie, aber vor allem hinsichtlich Mobilität. Es komme, so Kauf-

Kosten pro Quadratmeter Wohnfläche in Wels-Land

Quelle: Statistik Austria



„Es gibt Kaufpreisteigerungen für Baugründe von 20 bis 25 Prozent in durchaus ländlichen Gebieten wie Neusiedl am See oder Wels-Land“, so Josef Kaufmann, AK Steiermark.

mann, in Zukunft zu einer „starken Ausweitung des Bedarfes“ an öffentlichen Verkehrsmitteln: „Es ist mit dem Klimaticket zwar viel passiert, und die Preise für das Pendeln sind gesunken, nur hilft das nicht, wenn es keinen Anschluss gibt oder wenn es zeitlich unmöglich ist, das öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.“ Auch das muss eingerechnet werden, will man auf dem Land wohnen.

Haustraum ausgeträumt?

Was bedeutet das also? Haben junge Familien nun gar keine Chance mehr auf eine Eigenheimfinanzierung? „Es bleibt einerseits abzuwarten, wie sich die neuen Richtlinien in der Praxis konkret auswirken werden. Andererseits gibt es für die Banken zur Abfederung von Einzelfällen Ausnahmekontingente bei der Kreditvergabe“, resümiert etwa Augustin. Die offiziellen Zahlen sprechen eine andere Sprache: Laut der Immobilienmarktanalyse der OeNB waren in der zweiten Jahreshälfte 2020 (!) zum sechsten Mal in Folge Preiszuwächse über der 10-Prozent-Marke zu verzeichnen. In Wien stiegen Immobilienpreise im ersten Quartal 2022 um 11,8 Prozent – im restlichen Bundesgebiet um 12,9 Prozent. Seit 2011 lagen die Preissteigerungen für Einfamilienhäuser im einstelligen Prozentbereich, seit 2018 wird regelmäßig die 10-Prozent-Marke überschritten.

Die durchschnittlichen Baukosten im Wohnhaus- und Siedlungsbau sind in den letzten 20 Jahren mit 2,8 Prozent im Schnitt stärker gestiegen als die jährliche Inflation (1,9 Prozent). Oder in Zahlen der Statistik Austria ausgedrückt: Im Jahr 2015 kostete der Quadratmeter Wohnfläche beim Häuserbau in den erwähnten Bezirken Neusiedl am See und Wels-Land noch 1.339 bzw. 1.729 Euro. 2021 waren es 2.151 bzw. 2.721. Die Preissteigerung liegt hier also bei rund 60 bzw. 57 Prozent – und da sind aktuelle Steigerungen noch gar nicht mit eingerechnet. Hierbei muss dann eigentlich gesagt werden: Für viele hat sich der Traum vom eigenen Haus wohl ausgeträumt. ▮

Wo der Profit zu Hause ist

Wohnungen sind knapp, trotzdem stehen viele leer. Es ist schwer, an Bauland heranzukommen, weil die Konkurrenz riesig ist – und finanzstark: Immer mehr Investor:innen und Spekulant:innen machen sich über Österreichs Immobilien her.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Es ist schon wieder passiert. Diesmal in der Ramsau am Dachstein. Dort darf nicht mehr gebaut werden. Das sagt Ernst Fischbacher, der Bürgermeister der Tourismusgemeinde. Er darf das, weil in dieser Zeit eine Revision des Flächennutzungsplans stattfindet. Fischbacher muss die bestehenden Grundstücke neu bewerten und überlegen, was damit passieren könnte. Zwei Jahre dauert das. Fischbacher: „Das haben wir gemacht, um Zeit zu gewinnen, die Grundstücke anzuschauen und die Investoren abzuschrecken. Denn für die muss es rasch gehen, damit der Profit möglichst hoch ist.“ Und draußen, vor der Gemeinde, stehen Investor:innen sich die Füße platt.

Der Baustopp ist eine Notmaßnahme. Denn der Ramsau geht es wie beinahe allen Touristengegenden, Städten und Speckgürteln – die Immobilienpreise schießen durch die Decke. In der Stadt fängt es an. Daher flüchten sich viele in die Speckgürtel, und die Preise steigen in bisher unbekanntem Ausmaß. Und Touristengebiete sind bei Investor:innen immer beliebt.

Investor:innen sorgen für Mietpreissprünge

Zwischen 2010 und 2020 stiegen die privaten Hauptmieten um die Hälfte. Selbst Genossenschafts- (+38 Prozent) und Ge-

meindewohnungen (+35,3 Prozent) legten deutlich zu. An der allgemeinen Inflation lag das nicht. Die lag über die gesamten zehn Jahre gerechnet bei 19,7 Prozent.

Der Grund für den Mietanstieg ist überall in Österreich der gleiche, erklärt Oliver Picek, Ökonom beim Momentum Institut, gegenüber Arbeit&Wirtschaft. „In Österreich gibt es das neue Phänomen, dass Investor:innen ganze Wohnblöcke aufkaufen. Neu ist auch, dass diese Investor:innen aus dem Ausland kommen.“ So kamen 2021 erstmals mehr Investor:innen von Neubauprojekten aus dem Ausland als aus Österreich. Bisher seien diese Spekulant:innen eher im Luxusbereich tätig gewesen. Jetzt verlegen sie ihre Geschäftstätigkeit.

Anlegen in Betongold

Der Hintergrund ist der Finanzmarkt. Zwar steigen aktuell die Leitzinsen wieder, doch Geld ist bei Banken seit Jahren sehr günstig zu bekommen. Gleichzeitig bringen Aktien und Anleihen nicht immer die üppigen Renditen, die am Markt verlangt werden. Also investieren Unternehmer:in-

nen das Geld in Wohnungen und Häuser. Theoretisch müsste das Angebot steigen, und die Preise müssten sinken. Das passiert aber nicht. „Es wird nicht geplant, welche Art von Wohnungen wirklich gebraucht wird. Es wird nicht für Familien gebaut, die

„Die Liberalisierung des Wohnungsmarktes ist zu einem Problem geworden. Der Wohnungsmarkt muss vor dem Ansturm von Vermögen geschützt werden.“

Oliver Picek, Senior Economist, Momentum Institut

eine leistbare Wohnung brauchen, sondern für Investoren, die ihr Geld anlegen wollen“, bewertet Picek die Situation.

Also Wohnungen mit zwei oder drei Zimmern, gelegen in großen Türmen. Kostenpunkt: 600.000 oder 700.000 Euro. Viele dieser Objekte würden sogar leer stehen oder nur als Wochenenddomizil genutzt werden, da die Wertsteigerung ausreichend Gewinne abwirft, ohne dass man sich mit Mieter:innen herumärgern muss.

Ob Salzburg, Wien oder Ramsau, spielt dabei keine Rolle. „Bei uns wird sehr viel Geld geparkt, weil man von der Bank keine Zinsen bekommt. Und weil wir als Tourismusziel sehr beliebt sind“, fasst Fischbacher



die Situation vor Ort zusammen. „Für ein Gebäude, das fünfzig Jahre alt und vielleicht 300.000 Euro wert ist, wird doppelt so viel bezahlt. Einheimische können sich das nicht mehr leisten. Momentan gibt es kein Grundstück und kein Gebäude mehr, das für unsere Einheimischen leistbar wäre. Das ist eine Situation, die es vor zehn Jahren noch nicht gegeben hat.“

Wohnungen als Anlageobjekte, deren Rendite aus einer Wertsteigerung kommt und nicht aus den Mieteinnahmen: Das führt zu Leerstand. Darauf reagieren jetzt die ersten Bundesländer mit einer entsprechenden Abgabe. Steiermark, Tirol und Salzburg haben bereits eine. Wird eine Wohnung mehr als sechs Monate im Jahr nicht bewohnt, werden in Salzburg – abhängig von der Wohnungsgröße – bis zu 5.000 Euro pro Jahr fällig. In Tirol sind es bis zu 215 Euro pro Monat, also etwa die

Hälfte. In der Steiermark sind es zehn Euro pro Jahr und Quadratmeter.

Zahnlose Leerstandsabgabe

In Österreich stehen im Durchschnitt zwischen 2,5 und 4 Prozent der Wohnungen leer, wie das Momentum Institut berechnet hat. Gäbe es eine bundesweite Leerstandsabgabe nach steirischem Vorbild, würde das zwischen 111 und 178 Millionen Euro in die Gemeindekassen spülen. Eine lenkende Wirkung hätte das allerdings nicht. Eine durchschnittliche Wohnung mit 70 Quadratmetern gewann in den vergangenen sechs Jahren insgesamt 83.000 Euro an Wert. Besagte Leerstandsabgabe hätte im gleichen Zeitraum gerade einmal 4.200 Euro ausgemacht.

Doch eine drastisch höhere Leerstandsabgabe scheitert am rechtlichen Rahmen.

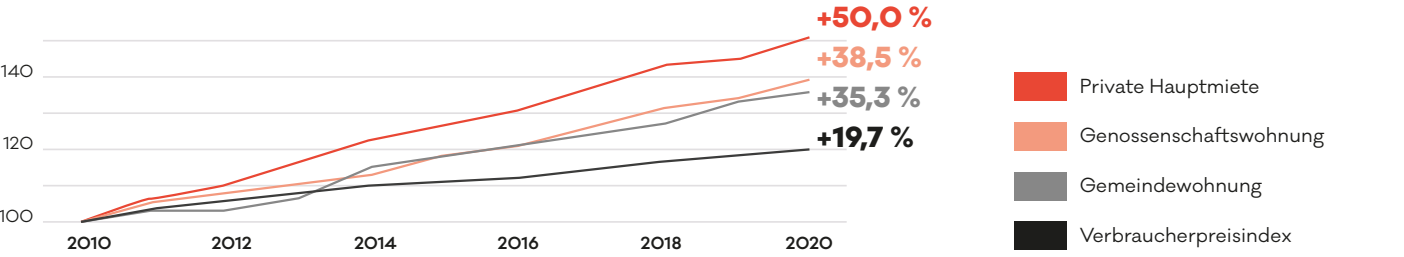
Der müsste von der Regierung in Wien geändert werden. Deswegen fordern viele Bundesländer eine Lösung auf Bundesebene. Nur so kann eine Leerstandsabgabe eingeführt werden, die hoch genug ist, um einen spürbaren Lenkungseffekt zu haben.

Auch die Bürger:innen haben von leeren Wohnungen auf der einen Seite und explodierenden Mietpreisen auf der anderen Seite langsam genug. Im Frühjahr besetzten Aktivist:innen in Salzburg das leer stehende Haus des ehemaligen Ski-Superstars Marcel Hirscher. Zwar verließen sie die Immobilie nach wenigen Stunden friedlich, aber die Botschaft war deutlich.

Auch Fischbacher geht das Problem des Leerstands in der Ramsau etwas handfester an. Oder „unkonventionell“, wie es eine Lokalzeitung nannte. Vor einem vermeintlich illegalen Zweitwohnsitz ließ er Kameras aufbauen. Ein Jahr lang nimmt das Gerät

Private Hauptmiete um die Hälfte teurer als 2010

Quelle: Statistik Austria, Momentum Institut





„Wenn wir wertvollen Boden haben, dann sollte der für Menschen sein, die dauerhaft hier wohnen und sich hier einbringen“, so Ernst Fischbacher, Bürgermeister von Ramsau.

jeden Tag Fotos auf. Sie sollen beweisen, ob das Gebäude widmungskonform genutzt wird oder nicht. Denn es bestehen Zweifel. Wegen der hartnäckigen Art und dem bedingungslosen Bestehen auf geltendem Recht sei es schon zu Wiederverkäufen gekommen, berichtet der Bürgermeister. Die ständige Post und die Strafzahlungen seien eben enervierend. Auch Spekulant:innen hätten schon Projekte abgeblasen. Dazu kommt, dass andere Gemeinden sehr genau beobachten, was in der Ramsau passiert. Ein Vorbild sei er nicht, darauf besteht er. Er handle das Thema nur eben etwas intensiver.

Wohn-Insel der Seligen

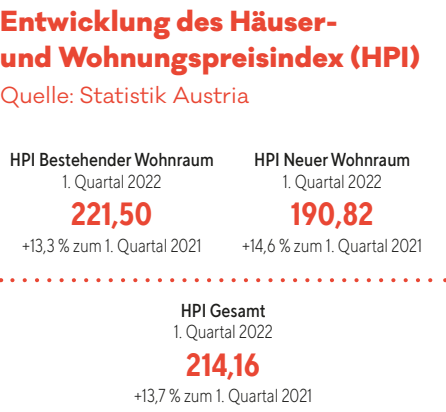
Trotz allem sind Mieter:innen aus München, Berlin oder Hamburg neidisch auf Österreichs Wohnungsmarkt. Picek weiß auch, warum. „Es gibt eine Insel der Seligen, und das sind die Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen. Die Insel wird aber kleiner. Denn in den vergangenen Jahren wurde zwar mehr gebaut, aber hauptsächlich im privaten Bereich, nicht im gemeinnützigen.“ Michael Gehbauer, Geschäftsführer der Wohnbauvereinigung, fasst diese Bautätigkeit in Zahlen zusammen. „Im Moment werden rund zwei Drittel der rund 20.000 Wohnungen in Wien, die derzeit neu errichtet werden, frei finanziert, und circa 7.000, also rund ein Drittel, gefördert. Geförderte Wohnungen dienen rund 80 Prozent der Bevölkerung zum Wohnen. Das bedeutet, dass zwei Drittel aller Wohnungen

nur für 20 Prozent der Bevölkerung gebaut werden. Und das nicht nur zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses, sondern auch zur Vermögenssicherung.“ Das bedeutet, dass eben keine Wohnungen für Familien mit geringem Einkommen gebaut werden, bringt es Picek auf den Punkt. „In Kärnten und Salzburg sieht man, dass viele Grundstücksbesitzer von außerhalb kommen. Dort werden immer häufiger Chalets gebaut und die lokale Bevölkerung kann sich keine Grundstücke mehr leisten, um ein Eigenheim drauzustellen. Das Problem gibt es in unterschiedlicher Form in ganz Österreich.“ Aktuell arbeite die Wohnbauvereinigung am Bau von 300 Wohnungen, rechnet Gehbauer vor. Für die gäbe es aber bereits zwischen 5.000 und 6.000 Vormerkungen. Der Bedarf ist also da, der Wille auch. Gehbauer möchte mehr günstigen Wohnraum schaffen. Das Problem sind die Grundstücke. Natürlich auch in Wien. Immerhin schreibt die Hauptstadt mittlerweile vor, dass zwei Drittel eines Baulands für geförderten Wohnbau benutzt werden müssen. Kaufen Investor:innen den Grund, dürfen nur auf einem Drittel Luxuswohnungen entstehen. Das hilft enorm. Vor allem den Projekten, die für die Jahre 2023 und 2024 in Planung sind. Es kommen sogar Investor:innen mit Grund auf die Wohnbauvereinigung zu. Eine finale Lösung für die Immobilienpreisproblematik ist es aber dennoch nicht, wie Gehbauer betont. „Es gibt derzeit keine leistbaren Grundstücke. Die werden von anderen Marktteilnehmer:innen, die frei finanzieren,

weggekauft. Im geförderten Bereich ist die Höhe des Grundstückspreises aber begrenzt. Der Anteil der Grundkosten darf maximal 300 Euro pro Quadratmeter betragen.“ Ein Preis, der bei einem Bieterwettbewerb mit frei finanzierenden Investor:innen schnell überschritten wird. In Wien vergibt der Wohnfonds der Stadt die Grundstücke. Der profitiert vor allem davon, dass die Stadt in den 1980er-Jahren massiv Grundstücke erworben hat. Mittlerweile stehen die Häuser aber dicht an dicht, und Baugrund wird knapp. Und eine Umwidmung ist nicht so leicht. Theoretisch könnte die Wohnbauvereinigung um ausgewählte Grundstücke ansuchen. Das ist im ersten Schritt einmal so einfach, wie es sich anhört. Ein:e Mitarbeiter:in fährt durch die Stadt oder über das Land und begutachtet brachliegende Gewerbeflächen oder geeigneten Baugrund. Wurden passende Objekte gefunden, werden sie notiert. Die Probleme kommen im zweiten Schritt. Handelt es sich um landwirtschaftliche Flächen, muss die Wohnbauvereinigung Ausweichgebiete für die Tiere suchen, die auf dem Grundstück leben. Ist es eine betriebliche Fläche, muss die Wirtschaftskammer zustimmen und möchte ebenfalls eine Ersatzfläche haben. Kurzum: Es wird um jeden Quadratmeter gerungen.

Es wird schlimmer

„Dieser Druck auf dem Immobilienmarkt zieht auch die Mieten für Gemeinde- und



In den 1990er-Jahren wurden 1,2 Prozent des BIP für Wohnbauförderung ausgegeben, heute 0,4 Prozent, so Michael Gehbauer, Geschäftsführer der Wohnbauvereinigung.

Genossenschaftswohnungen nach oben. Auch die sind deutlich über der Inflationsrate gestiegen. Weil für jede, die neu errichtet wird, wegen der hohen Grundstückspreise eine höhere Miete verlangt werden muss“, fasst Picek die Lage auf dem Immobilienmarkt zusammen. Und es dürfte erst einmal noch schlimmer werden. Denn die Berechnung der eingangs erwähnten Mietsteigerung zwischen 35 und 50 Prozent innerhalb der vergangenen zehn Jahre stammt aus dem Jahr 2020. Im Juli 2022 betrug die Inflation 9,3 Prozent. Für Mieter:innen kann das zu einem Problem werden. Grund dafür sind die Kategorie-mieten. Denn steigen die Verbraucherpreise um fünf Prozent oder mehr im Vergleich zur vorigen Mieterhöhung, dürfen Vermieter:innen die Wohnkosten erneut anheben. Sie müssen nicht, aber sie dürfen. Das passierte im April und im Juni 2022. Spätestens im Winter ist eine dritte Mieterhöhung fällig. Nicht nur, dass damit die Inflation noch weiter angeheizt wird, sondern es fehlt den Mieterhöhungen eine Begründung. Denn Haupttreiber der aktuellen Preissteigerung sind die Energiekosten. Diese sind für Vermieter:innen aber nur Durchlaufposten und werden von den Mieter:innen ohnehin selbst getragen. Davon profitiert in erster Linie die absolute Oberschicht. In kaum einer Branche wird die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen so deutlich wie im Immobiliensektor. Allgemein gilt, dass die reichsten zehn Prozent der Österreicher:in-

nen unglaubliche 54 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Darunter natürlich auch Immobilien. Mit diesen Häusern und Wohnungen generieren sie 80 Prozent aller privaten Mieteinnahmen in Österreich. Das bedeutet, dass jede Mieterhöhung – vor allem derart umfangreiche und systematisierte wie aktuell – enorm zur Umverteilung von unten nach oben beiträgt und die Ungleichverteilung noch verstärkt. Das Problem wird durch die aktuelle Situation des billigen Geldes und des volatilen Finanzmarktes verstärkt, schätzt Picek. „Die Liberalisierung des Wohnungsmarktes ist zu einem Problem geworden. Jeder mit Geld kann sagen, dass er sich nicht nur eine Wohnung kauft, sondern eine zweite oder dritte. Viele verkaufen ihre Aktien und Anleihen und kaufen sich Wohnungen. Der Wohnungsmarkt muss vor diesem Ansturm von Vermögen geschützt werden.“ Politischer Wille gesucht Doch das ist nicht so leicht. Picek schlägt vor, die Renditen, die mit österreichischen Immobilien zu machen sind, zu torpedieren. „Wenn man einen Mietpreisdeckel einführt, wird der Markt für Investoren, die nur auf Mieteinnahmen schielen, unrentabel, weil sie dann in anderen Bereichen höhere Renditen erwirtschaften können.“ Gehbauer sieht die Verantwortung zwar auch bei der Regierung, verweist aber darauf, dass es in der Vergangenheit bereits besser ging. Darauf müsse sie sich besinnen.

„Österreich hat noch in den 1990er-Jahren rund 1,2 Prozent seines BIP für die Wohnbauförderung ausgegeben. Das waren damals drei Milliarden Euro. Jetzt sind es noch 0,4 Prozent – rund zwei Milliarden Euro.“ Den Bau günstiger Wohnungen könne die Regierung sehr leicht mit den entsprechenden Förderungen nach oben treiben. Dafür bräuchte es nur den politischen Willen. Der zweite Punkt sei die Widmungspolitik. Grund und Boden müssten unkomplizierter vergeben werden. Dass es diesen politischen Willen gibt, beweist Fischbacher. Er ist parteilos und tritt mit der Liste Ernst Fischbacher an. Damit er seine Freiheit hat, sagt er gegenüber Arbeit&Wirtschaft. Damit er das tun kann, was in der Ramsau beschlossen wird, ohne einen Anruf aus einer Parteizentrale fürchten zu müssen. Schlaflose Nächte kenne er nicht, sagt er. Dabei hätte er Grund dazu. „Wenn Investoren in die Ramsau kommen, dann führt deren erster Weg immer zu mir. Oft sind schon zwei oder drei Anwälte dabei, die mir drohen, dass es zu einem Verfahren kommt, wenn ich etwas verzögere oder behindere.“ Doch er verkörpert eben auch den politischen Willen und die entsprechende Kompetenz, um etwas zu bewirken. „Ich bin kein Anwalt und kein Jurist, aber ich kenne die Gesetze hier sehr genau und weiß, was als Baubehörde meine Aufgaben sind und in welchem rechtlichen Rahmen ich mich bewege.“ Der Baustopp gilt übrigens nur für Spekulationsobjekte. Einheimische, die sich den Traum vom Eigenheim erfüllen wollen, sind davon nicht betroffen. Auch Gastronom:innen, die ein nachhaltiges und langfristiges Konzept präsentieren, werden keine Knüppel zwischen die Beine geworfen. „Ich habe nichts gegen Investoren. Jeder soll sein Geld verdienen. Aber nicht mit unserer Landschaft, unseren Grundstücken und mit unseren Wohnungen. Wenn wir wertvollen Boden haben, dann sollte der für Menschen sein, die dauerhaft hier wohnen und sich in die Gemeinde und die Ver-eine einbringen“, schließt Fischbacher. ►

Das große Preisrätsel

Das Leben wird teurer, dies bereitet vielen Menschen und Unternehmen Sorgen und stellt sie zum Teil vor existenzielle Probleme. Aber: Was treibt die Inflation wirklich in ungeahnte Höhen? Und wer profitiert eigentlich von dieser Krise?

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Die Inflation ist zurück. Für viele Menschen im Alter von unter 50 Jahren dürfte dieser Begriff im Alltagserleben bislang ein Fremdwort gewesen sein. Die allermeisten aus dieser Generation sind in einem Zeitalter aufgewachsen, in dem Inflation kaum eine Rolle gespielt hat, zumindest noch nicht bewusst. Im Gegenteil, internationale Finanzinstitutionen wie die Europäische Zentralbank haben sich mit ihrer Zinspolitik lange bemüht, eine von ihnen definierte Inflationsrate von rund zwei Prozent jährlich zu erreichen. Konsument:innen sollten lieber heute als morgen konsumieren und, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, Unternehmen zu Investitionen bewegt werden.

Die Lage der Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen zwei Jahren stark verändert. Mit der Pandemie kamen verschiedene Schocks. Internationale Lieferketten stehen unter Stress und haben sich noch immer nicht dauerhaft erholt. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine setzte eine erneute Serie an Erschütterungen in Gang. Das betrifft nicht nur Österreich, sondern die gesamte Weltwirtschaft. Die Deutsche Bundesbank beschreibt die Lage etwa so: „Die hohen Preissteigerungen und die Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg belasteten die privaten Haushalte

und Unternehmen. Die Industrie sah sich zudem einer schwächeren Nachfrage und weiterhin spürbaren Lieferengpässen gegenüber. Materialknappheiten belasteten auch den Bau, der zusätzlich unter fehlenden Arbeitskräften litt.“

In Österreich titelte im August die Statistik Austria: „Inflation im Juli auf 9,3 Prozent gestiegen.“ Als wichtigste Preistreiber werden „Treibstoffe, Haushaltsenergie, Nahrungsmittel und Bewirtung“ angegeben. Beim wöchentlichen Einkauf mache sich die Teuerung besonders bemerkbar: „Der Preisanstieg des Miniwarenkorbs, in dem neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthalten sind, war im Juli mit +19,1 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die allgemeine Inflation“, sagt Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas in derselben Aussendung.

Einkommensschwächere zahlen drauf

Diese Preisanstiege im Segment des Alltagsbedarfs spüren österreichische Privathaushalte auf unterschiedliche Weise. So stellte sich die Oesterreichische Nationalbank in einer aktuellen Analyse die Frage: „Was bedeuten die steigenden Energiekosten für die österrei-



Michael Ertl, AK Wien, sieht für die Mietsteigerungen keine sachliche Rechtfertigung, da es keine massiven Mehrkosten für Eigentümer:innen gebe. Es sei eine Umverteilung von unten nach oben.

chischen Haushalte?“ Laut dieser Analyse geben einkommensstärkere Haushalte relativ zu ihren Gesamtausgaben mehr für Treibstoffe aus, als dies einkommensschwächere Haushalte tun. Bei der Haushaltsenergie sei dies jedoch genau umgekehrt: „Insbesondere der Anteil der Stromausgaben ist in den unteren Einkommensdezilen deutlich höher.“ Besonders hoch seien die Ausgaben sowohl für Haushaltsenergie als auch für Treibstoffe in ländlichen Gebieten. Dies liege einerseits an der höheren Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr. Außerdem seien „(Einfamilien-)Häuser weniger energieeffizient als Wohnungen, was bedeutet, dass mehr Geld für Strom und Heizen ausgegeben wird“.

Für den Wirtschaftswissenschaftler Michael Ertl von der Arbeiterkammer Wien sind es ebenfalls die Energiepreise, ausgelöst

durch die russischen Drosselungen bei der Erdgasversorgung, die den Löwenanteil der derzeitigen Inflation ausmachen. „Energiepreise machen heuer wahrscheinlich mehr als die Hälfte der Gesamtinflation aus“, so Ertl. „Ich sehe hier durchaus Parallelen zur Ölkrise des Jahres 1973. Damals drosselte die OPEC die Ölfördermenge. Das war eine angebotsseitige Maßnahme, so wie Russland es heute macht.“ Somit unterstreichen sowohl die damalige als auch die heutige Krise die negativen Folgen einer Abhängigkeit von fossilen Energieträgern. „Auch die Maßnahmen, die heute diskutiert werden, haben Ähnlichkeiten mit jenen von 1973“, so Ertl. „Dazu gehören die Einführung eines Tempolimits, autofreie Tage, die Aufforderung, weniger zu heizen. Auch die Energieferien wurden aufgrund der Krise von 1973 eingeführt.“

Gewinn-Preis-Spirale stoppen

Wo eine Krise, da finden sich immer auch Profiteur:innen und Krisengewinner:innen. Hier hat Ertl unter anderem die großen Energiekonzerne im Blick: „Es gibt eine Gewinn-Preis-Spirale. Viele Unternehmen nutzen die Chance, die Preise zu erhöhen, auch wenn es kostenseitig nicht gerechtfertigt ist“, so Ertl. „Laut Angaben der Bundeswettbewerbsbehörde haben sich die Bruttoprofitmargen bei den Energiekonzernen verdreifacht.“ Diese Übergewinne gelte es abzuschöpfen, etwa durch eine Übergewinnsteuer.

Doch auch die Eigentümer:innen von Miethäusern zählen zu den Gewinner:innen. So wurden im April die Richtwertmieten für Altbauwohnungen und Gemeindewohnungen um 5,8 Prozent erhöht. Der Kategoriemietzins wurde bereits zweimal um je fast 5,5 Prozent erhöht. Eine dritte Erhöhung droht im November. Das berichtete unter anderem das Onlinemagazin „Kontrast.at“ am 25. August 2022. Grund für die Erhöhungen sei die „automatische Anpassung der Wohnungsmiete an den Verbraucherpreisindex (VPI), also die Inflation“, heißt es in dem Bericht weiter. 750.000 Mieter:innen in Österreich seien allein durch die Erhöhungen der Richtwertmieten betroffen.

„Viele Mietverträge werden angepasst, wenn die kumulierte Inflation 5 Prozent übersteigt“, erklärt AK-Experte Michael Ertl. Somit entsteht hier eine paradoxe Situation: Mieter:innen zahlen normalerweise die Kosten für Strom, Wasser und Gas aus ihrer eigenen Tasche. Die Mieten kommen obendrauf. „Ich sehe hier nicht die massiven Mehrkosten für die Eigentümer:innen“, so Ertl. „Für die Mietsteigerungen gibt es keine sachlichen Rechtfertigungen. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben.“ Die mache sich auch dadurch bemerkbar, dass Sozialleistungen wie beispielsweise die Mindestsicherung nicht automatisch an die Inflation angepasst würden, so Ertl. „Viele Sozialleistungen müssen erst deutlich erhöht und dann laufend angepasst werden, sonst rutschen viele Menschen in Armut ab.“ Sein Fazit: „Hier muss politisch gegengesteuert werden, um den Sozialstaat armutsfest zu machen.“

Treiber der Inflation Preisanstieg von Juni 2021 bis Juni 2022

Quelle: Statistik Austria

Berechnung: Österreichische Energieagentur

Energiepreisindex (EPI)	+ 45,10 %
Fernwärme	+ 16,60 %
Strom	+ 0,20 %
Erdgas	+ 72,10 %
Brennholz	+ 33,90 %
Holzpellets	+ 52,70 %
Diesel	+ 65,30 %
Heizöl	+ 109,60 %



„Preise runter“ 1911

Nach 1905 explodierten die Preise für Nahrung und Wohnen. Die Proteste dagegen wurden 1911 blutig niedergeschlagen, aber die Regierung unternahm fast nichts gegen die Teuerung.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Die große Mehrheit der Bevölkerung im österreichischen Kaiserstaat lebte nach 1900 noch immer nicht viel über der Armutsgrenze, der rasante Preisanstieg für Essen und Mieten vor dem Ersten Weltkrieg entzog ihnen die Lebensgrundlage, zumal die Reallöhne kaum mehr stiegen. Die Wohnungsmieten verdoppelten sich von 1900 bis 1911, ein Haushalt musste jetzt um 117 Prozent mehr für Brot ausgeben als ein Jahrzehnt zuvor und um 138,5 Prozent mehr für Rindfleisch. Damals war das wenige Fleisch, das man sich leisten konnte, gerade auch für Arbeiter:innen eine unverzichtbare Kraftnahrung, deshalb traf die Teuerung hier besonders hart. Die Regierung tat nichts, um die Situation zu entschärfen, auch als ab 1909 die Preise nach einer Dürreperiode weiter in die Höhe schnellten. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften versuchten, die immer wieder aufflammenden Proteste zu bündeln und durch eine Großdemonstration am 17. September 1911 politisch Druck zu machen. Als nach der Veranstaltung ein Schuss fiel, schlug der Unmut in Wut um, vor allem im Wiener Bezirk Ottakring wurden Bäckereien und öffentliche Gebäude verwüstet. Soldaten gingen mit Säbeln und Gewehren gegen die Menge vor. Das Ergebnis: drei Tote und fast 200 Verwundete.

Einen – wenn auch kurzfristigen – Erfolg brachten die Proteste aber doch. Hauptursache für die Teuerung war der hohe Einfuhrzoll auf landwirtschaftliche Produkte, im 19. Jahrhundert zum Schutz gegen den Import von Billiggetreide aus den USA und Russland eingeführt. Das gefährdete bei den damals niedrigen Weltmarktpreisen die Grund-

versorgung der Bevölkerung nicht, als aber die Weltmarktpreise in die Höhe kletterten, wurde die Schutzzollpolitik in Zeiten von Nahrungsengpässen ein Problem. Die zentrale Forderung am 17. September 1911 war deshalb das Ende der Schutzzollpolitik, und tatsächlich genehmigte die Regierung jetzt die Einfuhr von billigem Fleisch aus Argentinien, aber das galt nur kurze Zeit. Die Lobby der Großgrundbesitzer:innen setzte die Rücknahme der Entscheidung schon bald wieder durch, die Reichen und Mächtigen hungerten ja nicht. ►



1911: Soldaten gegen die protestierende Menge.
Neue Kronen-Zeitung, 19. 9. 1911, S. 1, ÖNB/ANNO.

BLOG

Arbeit&Wirtschaft

Michael Soder, Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien

Zusammengefasst von Eva Winterer

Eine neue, vorausschauende Wirtschaftspolitik in Zeiten globaler Krisen

Eine Überlieferung erzählt von folgender Begebenheit: Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler und Namensgeber der Wirtschaftstheorie des Keynesianismus, John Maynard Keynes, antwortet auf Winston Churchills Vorwurf, dass er in wirtschaftspolitischen Fragen ständig seine Meinung ändere, mit folgenden Worten: „If facts change, I change my mind. What do you do, Sir?“ Eine auch heute sehr aktuelle Frage. Finanz-, Energie-, Lieferketten- und Klimakrise brachten die Lösungsfähigkeit der in den vergangenen vier Jahrzehnten als uneingeschränkt gültig geltenden liberalen ökonomischen Modelle an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Denn wir sehen, dass es mit der Dogmatik „Der Markt regelt das schon“ und „Strohfeuer-Initiativen“ für die mediale Dauerbeschallung – also Einzelmaßnahmen, losgelöst von Strategie und Kontext – nicht mehr gelingen wird, die Krisen sozial gerecht zu lösen. Die Modelle stehen zur Disposition. Die Wirtschaftspolitik muss neue Wege finden.

Dafür braucht es eine aktive und strategische Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik und ein neues Verständnis des Staates als Akteur im wirtschaftspolitischen System. Der Staat muss klare und verpflichtende Ziele, die Rahmenbedingungen und konkrete Transformationspfade für eine industrie- und regionalpolitische Gesamtstrategie entwickeln – eine Gesamtstrategie, die die damit verbundenen Chancen für Wertschöpfung und Beschäftigung nutzt und den sozialen Ausgleich wahrht. Diese vorausschauende Wirtschaftspolitik setzt sich aus fünf Bausteinen zusammen: der Stärkung der Widerstandsfähigkeit sowie der Missionsorientierung in Forschung, Entwicklung und Innovation, dem Ausbau der Prognose- und Strategiefähigkeit des Staates sowie der Beteiligung und Mitbestimmung und der Sicherstellung von Investitionen in die Zukunft.

Denn die aktuellen Krisen sind global, systemisch und verlangen nach neuen Lösungswegen. Mit Modellen und Denkmustern, die nicht für die Zeiten der Krise und eines fundamentalen Übergangs entwickelten wurden, stößt man rasch an die Grenzen des Möglichen. Oder anders gesagt: Wenn sich die Situation ändert, wäre es klug, auch Lösungen an die veränderte Situation anzupassen.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**

Das sollte man kritisch hinterfragen

Wohnen, Gesundheit und Pflege stehen vermehrt im Fokus der Finanzinvestor:innen – denn Österreich gilt als lohnendes Ziel für private Investitionen in kritische Infrastruktur.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Wie gut schützt Österreich seine kritische Infrastruktur? Keine Ahnung, denn eine Liste, auf der alle Einrichtungen stehen, die zur kritischen Infrastruktur gehören, gibt es nicht. Was dazugehört und was nicht, hängt vom Kontext ab. Wenn von Hackerangriffen auf kritische Infrastruktur gesprochen wird, ist meist die Energieversorgung gemeint. In kriegesischen Auseinandersetzungen sind es Verkehrswege und Fabriken. Leonhard Plank, Senior Scientist an der TU Wien, gibt im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft folgenden Ansatz vor: „Kritische Infrastruktur sind Wirtschaftsbereiche, die für das Funktionieren einer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Deren Ausfall würde die Funktionsweise und Stabilität unserer Gesellschaften gefährden.“ Eine Erklärung, die auch in Friedenszeiten greift.

Österreich, das Mekka für Investor:innen?

Bald erscheint Planks Studie, in der er sich mit shareholderorientierten Investitionen in kritische und soziale Infrastruktur auseinandersetzt. Er analysiert darin die Folgen gewinnorientierter Beteiligungen in den Bereichen Wohnen, Pflege und Gesundheit.

Österreich ist in dieser Beziehung ein weißer Fleck auf der Investor:innenlandkarte. Hierzulande ist soziale Daseinsvorsorge größtenteils in öffentlicher Hand. Doch gerade diese geringe private Quote ist der größte Anreiz für Investor:innen, denn sie sehen hier Wachstumspotenzial – aus ihrer Perspektive nicht zu Unrecht.

Private können das besser?

Der enorme Bedarf an privaten Investitionen ist immer noch eine Nachwirkung der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009. Damals reduzierten die Nationalstaaten – auch Österreich – ihre Kosten in diesen Bereichen und schufen so gleichzeitig Geschäftsmodelle für Spekulant:innen. Die Regierungen wollten Kosten sparen, und Gewinne sind hier für den Staat nicht zu holen – also sollten Privatinvestor:innen ran. „In den letzten Jahrzehnten haben wir uns an die Denkweise gewöhnt, dass private Unternehmen das besser können“, kommentiert Plank das Mantra der neoliberalen Schule. „Doch“, so Plank weiter, „in der Krise hat sich gezeigt, dass das nicht so einfach ist – und dass es verantwortungslos ist, kritische Infrastruktur privatwirtschaftlich zu optimieren. Mittel abzuziehen bedeutet, die Funktionsweise zu gefährden.“

Obdachlosigkeit, Krankheit und Tod sind keine Alternativen für Wohnen, Pflege und Gesundheit. Entsprechend müssen letztere Bereiche auch nicht profitabel sein, findet er. „Diese zentralen Bereiche müssen primär Stabilität und Versorgungssicherheit garantieren, sonst entstehen massive volkswirtschaftliche Kosten. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, ob sie betriebswirtschaftliche Gewinne abliefern, nachrangig.“

Auch das Vorurteil, der Staat mache absichtlich Verluste, stimme so nicht. Weltweit würden Regierungen gerne mit ihren Einrichtungen verdienen. Doch im Vergleich zu Privatinvestor:innen haben sie einen anderen Fokus. Die Bürger:innen und das Halten eines hohen Niveaus in der Versorgung für sie gehen vor. Plank: „Es gibt die ewige Debatte, ob der Privatsektor nicht innovativer ist. Aber die soziale Infrastruktur – besonders der Pflege- und Gesundheitsbereich – ist sehr personalintensiv. Das, was Investor:innen rausholen, kommt oft von den Beschäftigten.“

Gewinne fallen nicht vom Himmel

In seiner Studie geht Plank unter anderem auf das Beispiel des Pflegekonzerns ORPEA ein. Durch den Einstieg des kanadischen Pensionsfonds CPPI finanziell sehr gut aus-



„Es ist verantwortungslos, kritische Infrastruktur privatwirtschaftlich zu optimieren. Mittel abzuziehen bedeutet, die Funktionsweise zu gefährden“, so Leonhard Plank, Senior Scientist an der TU Wien.

gestattet, fuhr der heute in 23 Ländern vertretene Konzern ab dem Jahr 2013 eine aggressive Expansionspolitik und übernahm 2015 unter anderem die österreichische SeneCura Gruppe. Heute gehört jedes dritte private Pflegebett in Österreich SeneCura. Deren Muttergesellschaft ORPEA erzielte im Jahr 2021 einen Umsatz von 4,3 Mrd. Euro, was einem Zuwachs von 9,6 Prozent gegenüber 2020 entspricht. Das EBITA lag sogar bei 1,0 Mrd. Euro, ein Zuwachs gegenüber 2020 von 12,3 Prozent.

Was nach einem Siegeszug der liberalen Marktwirtschaft im Pflegebereich aussah, änderte sich, als zu Beginn dieses Jahres das Aufdeckerbuch „Die Totengräber“ des Journalisten Victor Castanet öffentlich machte,

woher die Gewinne der ORPEA kamen. Die Patient:innen bekamen zu wenig zu essen, es gab nicht ausreichend Personal, Gewerkschaften wurden bekämpft, die Hygiene war mangelhaft, und zur Steueroptimierung hat der Konzern in Luxemburg insgesamt fünfzig verschiedene Gesellschaften gemeldet.

Kritische Infrastruktur schützen

Neben Privatunternehmen wie ORPEA im Pflegebereich ritzen etwa Helios (Gesundheit) und Vonovia (Wohnen) bereits um Marktanteile – mit den bekannten Problemen. „Gewinne werden privatisiert und Kosten sozialisiert und auf die Allgemeinheit abgewälzt“, erklärt Plank. Dazu

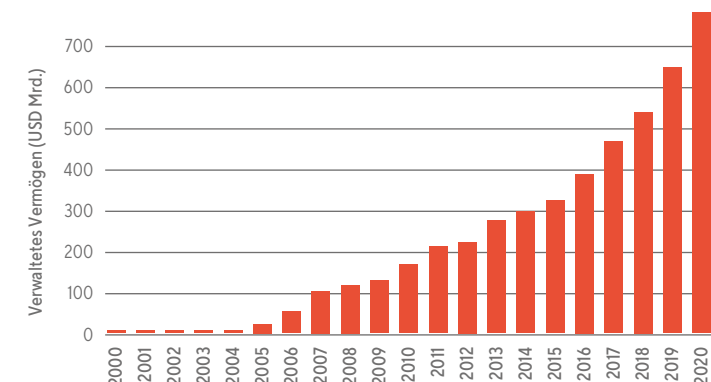
kommt: Oft steigen Investor:innen ein, schöpfen die Gewinne sofort ab, verschieben die Investitionen und Kosten aber in die Zukunft. Lassen sie sich nicht mehr vermeiden, steigen sie wieder aus, und dann muss die Allgemeinheit diese Kosten tragen.

Österreich hat Gesetze, die grundsätzlich die kritische Infrastruktur vor dem heuschreckenartigen Einfall von Investor:innen schützen – beispielsweise die Regelungen zur Wohnungsgemeinnützigkeit. Dazu kommen bestimmte Offenlegungspflichten, die ein Mindestmaß an Transparenz schaffen. Doch für eine langfristige Sicherstellung brauche es einen Paradigmenwechsel auf EU-Ebene, glaubt Plank. Die Freiheit des EU-Binnenmarktes ist hier – zu Recht – ein sehr hohes Gut. Doch bestünde die Möglichkeit, die kritische Infrastruktur rechtlich aufzuwerten, ihr also Vorrang vor den Interessen des Marktes zu geben.

Die EU könnte die kritische Infrastruktur eigenständig regeln sowie ökologische und soziale Mindeststandards setzen. Sie könnte beispielsweise höhere Löhne oder eine langfristige Vermögensbindung beschließen, strenge Transparenzregeln schaffen und Steuerschlupflöcher schließen. Denn leistbarer Wohnraum, stabile Gesundheitsversorgung und eine qualitätsvolle Pflege sind Eckpfeiler einer Gesellschaft – und keine Renditeobjekte! ▀

Verwaltetes Vermögen durch Infrastrukturfonds

Quelle: Studie „Shareholderorientierte transnationale Investoren in der kritischen sozialen Infrastruktur“, Dr. Leonhard Plank, 2022



Wohnschirm aufgespannt

Rund 80 Prozent der Menschen in Österreich haben Zugang zu gefördertem Wohnraum. Aber im privaten Sektor gehen die Mietpreise durch die Wohnzimmerdecke. Wie die sozialen Wohnbauträger Wohnen leistbar machen – jetzt und in Zukunft.

TEXT STEFAN MAYER



Das Ende der Fahnenstange ist nicht in Sicht: Drei Jahre nach der letzten Anpassung müssen Mieter:innen wieder tiefer in die Taschen greifen. Seit Frühjahr ist Wohnen wieder ein Stück teurer geworden, denn es gab bereits zwei Mietzinserhöhungen bzw. Indexanpassungen im Bereich der Kategorie-mieten, und die nächste Anpassung wird spätestens im Winter erfolgen. Ein Blick nach Vorarlberg, dem teuersten Bundesland zum Wohnen in Miete, zeigt, dass der Richtwert dort mit April 2022 von 8,92 auf 9,44 Euro pro Quadratmeter erhöht wurde. Günstiger ist die Bundeshauptstadt Wien: Hier waren vor der Anpassung 5,82 Euro fällig, nun sind es 6,15 Euro. Besonders Menschen, die laut Mietrechtsgesetz (MRG) in Altbauten (errichtet vor dem 1. 7. 1953) oder in Gemeindebauwohnungen leben und einen Mietvertrag nach dem 28. 2. 1994 abgeschlossen haben, können davon betroffen sein – können, weil die Mietpreise nicht angehoben werden müssen. Speziell in privaten Mietsituationen ist die Wahrscheinlichkeit einer Anhebung jedoch hoch.

„Ich bin ein Fan davon, die Menschen als Ganzes zu sehen und nicht nur die Zahlen.“

Bernhard Rubik, Sozialarbeiter Wiener Wohnen

Die Mietpreise im nicht geförderten Bereich sind von 2008 bis 2019 enorm gestiegen, wie die AK erhoben hat. Bei einer Inflation von 21 Prozent im Gesamtzeitraum stiegen die Mieten in Wien um 52 Prozent netto und im restlichen Österreich um 46 Prozent. „Im geförderten Mietbereich sind die Preise relativ stabil, doch im privaten Bereich explodieren seit 2008 die Kosten“, sagt Thomas Ritt, Leiter der Abteilung Kommunal und Wohnen in der AK Wien. Mit der Erhöhung der Richtwert- und Kategoriemieten müssen Mieter:innen zukünftig wohl noch weitere 140 Millionen Euro für ihre Wohnungen aufwenden.

Leistbar und lebenswert

Eine wichtige Rolle bei leistbarem Wohnen spielen in Österreich Genossenschafts- und Gemeindebauwohnungen. Rund 180 gemeinnützige Wohnbauträger bewirtschaften eine Million Wohnungen. „Es gibt rund 220.000 Gemeindebauwohnungen, die Wiener Wohnen verwaltet“, sagt Bernhard Rubik, Sozialarbeiter bei Wiener Wohnen, der viel bei den Menschen vor Ort unterwegs

Besonders in der Krise bewährt sich der soziale Wohnbau als eine stabilisierende Säule.



Geförderte Mietpreise seien relativ stabil, so Thomas Ritt, AK Wien. Die privaten explodieren seit 2008.

ist. In Wien sind 43 Prozent aller Wohnungen des Gesamtbestands Sozialwohnungen, also leistbare Gemeindebau- und Genossenschaftswohnungen. Im Europavergleich steht man damit gut da: In London und Paris liegt der Anteil bei knapp über 20 Prozent. In Berlin sind es nur 10 Prozent und in Hamburg 8 Prozent. Leistbar ist in diesen Städten das Wohnen oft nicht. „Leistbares und lebenswertes Wohnen ist sehr überschneidend. Es muss die Wohnqualität passen, und natürlich muss das Wohnen an sich leistbar sein. Es bringt nichts, wenn ich schöne Wohnungen habe, die sich keiner leisten kann“, sagt Rubik. Der Sozialarbeiter kümmert sich um Mieter:innen, die in Mietrückstand geraten sind, und hilft, die Wohnungen für diese Menschen zu sichern – also sie vor einer drohenden Räumungsklage zu bewahren. „Für mich als Sozialarbeiter sind die Menschen wichtig, mit denen ich zu tun habe. Ich bin ein Fan davon, die Menschen als Ganzes zu sehen und nicht nur die Zahlen“, meint Rubik.

Mieter:innen im Krisenmodus

Ein anderer großer gemeinnütziger Wohnbauträger ist die WBV-GPA, Wohnbauvereinigung für Privatangestellte. 9.200 Wohnungen und 1.500 Heimeinheiten für Studierende, Senior:innen und wohnungslose Menschen werden in Wien, Niederösterreich und der Steiermark verwaltet. „Das günstigste Wohnen ist das geförderte Wohnen. In Österreich haben rund 80 Prozent der Menschen Zugang zu gefördertem Wohnraum. Eine Erhöhung des Volumens von neu gebauten geförderten Wohnungen würde einen ganz wesentlichen Beitrag zu leistbarem Wohnen bedeuten“, sagt WBV-GPA Geschäftsführer Michael Gehbauer. Doch nicht jeder kann sich die Miete noch leisten. Die multiple Krise aus Corona, Ukraine-Krieg und hoher Inflation setzt vielen Menschen zu. Sie sind gezwungen, bei Ausgaben zu sparen, und wenn das nicht mehr reicht, dann kann es passieren, dass auch die Miete nicht mehr fristgerecht



„Mit den anstehenden Energiepreiserhöhungen ist davon auszugehen, dass dies für viele Menschen bedeutet, dass die Miete nur noch schwer oder gar nicht mehr leistbar ist“, so Anne Wehrum, Leiterin der Fachstelle für Wohnungssicherung der Volkshilfe (FAWOS).

bezahlt werden kann. Wenn dem so ist, dann droht eine Räumungsklage, die in weitere Folge zur Delogierung führen kann. „Sobald ein qualifizierter Mietrückstand besteht, kann eine Räumungsklage eingebracht werden. Ein qualifizierter Mietrückstand besteht dann, wenn eine Monatsmiete im Folgemonat zum Zeitpunkt der nächstfälligen Miete immer noch offen ist“, sagt die Leiterin der Fachstelle für Wohnungssicherung der Volkshilfe (FAWOS), Anne Wehrum. Die FAWOS ist eine Beratungsstelle für Menschen, die in Gefahr sind, ihre Wohnung zu verlieren. Bei einer Räumungsklage gibt es einen gerichtlich geregelten Vorgang: Von Vermieter:innenseite muss zunächst eine Mahnung ausgesprochen werden, und sollte bis zum Fristablauf keine Zahlung erfolgt sein, dann kann eine Räumungsklage bei Gericht eingebracht werden. Ergeht daraus ein Urteil, braucht dieses vier Wochen, um rechtskräftig zu werden, und ab dann ist ein Räumungstermin möglich. „Der FAWOS ist es wichtig, dass sich die Menschen möglichst früh an sie wenden“, so Wehrum.

Wohnen auf Raten

Im Gemeindebau sind – anders als auf dem privaten Markt – nur Mieter:innen, die über einen sehr langen Zeitraum keine Miete bezahlen, gefährdet, ihre Wohnung zu verlieren. Mit den Unterstützungsangeboten versucht man, auch für diese Fälle Lösungen zu finden. Besonders in der von der Pandemie geprägten Zeit wurden beispielsweise mehr als 12.000 Ratenvereinbarungen bei Wiener Wohnen getroffen, um Wohnungen zu sichern. Hilfe zu leisten, das ist die Aufgabe von Bernhard Rubik. „Als Sozialarbeiter bekomme ich Rückstandsfälle, das heißt, die Wohnung für Leute zu sichern, die kurz vor der Delogierung stehen. Wir bekommen die Fälle zugeteilt, und dann versuchen wir, mit den Menschen Kontakt aufzunehmen



– zuerst telefonisch, und wenn wir sie nicht erreichen, dann machen wir einen Hausbesuch“, so Rubik. Wiener Wohnen ist der größte kommunale Hausverwalter Europas und hat kein Interesse daran, Menschen durch Delogierungen aus den Wohnungen zu drängen. „Wiener Wohnen versucht durch Ratenvereinbarungen und die enge Zusammenarbeit mit sozialen Stellen der Stadt, darauf zu schauen, dass man die Mieter:innen möglichst gut unterstützen kann“, sagt Rubik. Dass es bei vielen Menschen knapp mit den Finanzen geworden ist, das merkt man auch bei der FAWOS. Die Tendenz bei den Beratungsgesprächen steigt. Im Jahr 2020 führte man 1.500 Erstberatungen durch, 2021 1.700, und im ersten Halbjahr 2022 waren es bereits 1.300 Haushalte, die um Hilfe anfragten. „Mit den anstehenden Energiepreiserhöhungen ist davon auszugehen, dass dies für viele Menschen bedeutet, dass die Miete nur noch schwer oder gar nicht mehr leistbar ist, da die Mieten ohnehin bereits im Verhältnis zum Einkommen oft sehr hoch sind“, meint Wehrum.

Wohnschirm als Hilfsfonds

Da infolge der Pandemie viele Menschen ihre Arbeit verloren oder auf Kurzarbeit umgestellt wurden, forderte die Arbeiterkammer bereits im Frühjahr 2021 von der Regierung, dass reagiert werden müsse und es einen Hilfsfonds für Menschen braucht, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Nach einigen Monaten wurde reagiert und der „Wohnschirm“ des Sozialministeriums eingerichtet. Dieser startete zum Jahreswechsel 2021/2022 und ist als Wohnungssicherung und Delogierungsprävention für COVID-19-bedingte Mietrückstände gedacht. „Unsere Forderung war die Schaffung eines Wohnfonds. Dieser Fonds heißt jetzt Wohnschirm“, so Ritt. Der Schirm wird über die bereits vorhandenen Beratungsstellen ab-



„Aus meiner Sicht als Sozialarbeiter müsste sich strukturell einiges ändern. Je mehr leistbares Wohnen, desto besser. Ein paar Korrekturen beim Sozialhilfegrundsatzgesetz wären ebenfalls dringend notwendig, um langfristig ein soziales Sicherungsnetz zu schaffen“, so Rubik.

gewickelt. Man bekommt dort Beratung, und es wird geprüft, ob die Wohnsituation langfristig haltbar ist. Gegebenenfalls ist es über den Wohnschirm auch möglich, dass ein Umzug in eine günstigere Wohnung finanziert wird. „Der Wohnschirm ist grundsätzlich eine positive Maßnahme und sehr sinnvoll“, meint Gehbauer von der WBV-GPA. Und bei der FAWOS sieht man ebenfalls die Vorteile. „Auch die Möglichkeit, dass um eine Pauschale für einen Wohnungswechsel angesucht werden kann, ist eine sehr gute Hilfestellung, da oftmals Wohnraum nur gesichert werden kann, indem ein Haushalt in eine für ihn leistbare Wohnung umzieht“, so Wehrum.

Heimelige Wohnpolitik

Der Wohnschirm, der ursprünglich bis Ende 2023 laufen sollte, wurde nun bis 2026 verlängert und die Dotierung von 24 auf 60 Millionen Euro angehoben. Außerdem wurde er um die Energiekosten erweitert. Ein Parlamentsbeschluss liegt bereits vor, und die genauen Umsetzungsrichtlinien sollen demnächst folgen. „Alles in allem ist der Schirm deutlich flexibler als eine normale Mietzinsbeihilfe. Die Kombination aus individueller Beratung und Geldmitteln, die zur Verfügung stehen, ist bei diesem System sehr vorteilhaft“, meint Ritt. Der Wohnschirm ist reaktiv ein gutes Mittel, um Menschen zu helfen, jedoch braucht es eine aktive Wohnbaupolitik, die ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellt. „Aus meiner Sicht als Sozialarbeiter müsste sich strukturell einiges ändern. Je mehr leistbares Wohnen, desto besser. Ein paar Korrekturen beim Sozialhilfegrundsatzgesetz wären ebenfalls dringend notwendig, um langfristig ein soziales Sicherungsnetz zu schaffen“, so Rubik. Durch die Novelle der Neubauverordnung 2022 für Wien wurde die Förderung der Stadt Wien zum Bau von leistbaren

Wohnungen kürzlich deutlich erhöht. So gab es eine Anhebung der Sockelfördersätze um 60 Prozent bzw. 300 Euro pro Quadratmeter, also von bisher 510 bis 700 Euro auf jetzt 810 bis 1.000 Euro. Damit kann der soziale Wohnbau weiterhin gesichert werden.

Hoffnungsträger geförderter Wohnbau

Das Gesamtvolumen der Wohnbauförderungen zu erhöhen ist eine Forderung der WBV-GPA. Ein weiteres Thema, wo es eine Lösung braucht, sind private Bauträger, die viel Geld in Neubauten investieren und diese als Spekulationsobjekte verwenden. Oftmals stehen Wohnung und ganze Häuserblöcke leer. „Das nimmt wichtige Bauplätze weg, treibt die Grundstückspreise in die Höhe, und es verhindert sozialen Wohnbau, da es dort einen Deckel für den Grundstückspreis gibt“, sagt Ritt.

Wenn es in Österreich weiterhin leistbaren und lebenswerten Wohnraum geben soll, dann ist der geförderte Wohnbau der zentrale Bestandteil – und das schon aus Gründen der Demografie, prognostiziert doch die Statistik Austria, dass Wien in wenigen Jahren die Zwei-Millionen-Einwohner:innen-Grenze überspringen und Österreichs Bevölkerung bis 2030 von 8,9 auf 9,25 Millionen Menschen anwachsen wird. All diese Menschen brauchen leistbaren und lebenswerten Wohnraum. Und noch immer ist der Gemeindebau, eine bauvisionäre Errungenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, eine Strategie, die Zukunft hat. Wien baut deshalb wieder Gemeindewohnungen – rund 5.500 werden bis 2025 in der Umsetzung sein. Im Oktober wird der sechste neue Gemeindebau in Meidling bezogen. Sozialarbeiter Rubik unterstreicht das: „Auch wenn der Gemeindebau Weltklasse ist, darf man sich nicht auf den Errungenschaften der Vergangenheit ausruhen!“ ▮

Der Markt braucht starke Gewerkschaften



WILLI MERNYI
LEITENDER SEKRETÄR DES ÖGB

Zum Ende dieser Ausgabe steht fest, dass der sogenannte „Markt“ nicht alles regelt. Zu groß ist die ungezügelte Gier einzelner Spekulant:innen. Vor allem versagt der Markt in jenen Bereichen, auf die in Wahrheit niemand verzichten kann, weil sie die Grundlage für ein gutes Leben sind. Dazu zählen vor allem Wohnen, Lebensmittel, Mobilität und Energie, aber zum Beispiel auch Gesundheit. Gerade in diesen Bereichen sind die Preise regelrecht explodiert.

Es braucht hier vonseiten der Politik klare Vorgaben für den Markt, damit niemand auf der Strecke und das Leben für alle leistbar bleibt. Dafür machen sich ÖGB und Gewerkschaften stark. Denn eines ist auch klar: Der Markt kennt kein soziales Gewissen. Während Haushalte mit niedrigeren Einkommen nicht mehr wissen, wie sie die nächste Rechnung bezahlen sollen, spielen die steigenden Preise für reiche Haushalte praktisch keine Rolle. Im Gegenteil: Die Reichen werden laut Statistiken auch jetzt immer noch reicher. Der Markt braucht daher starke Gewerkschaften, die für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Marktteilnehmer:innen – vor allem für Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen – sorgen.

Kaufkraft der Menschen muss wieder steigen

Vor den explodierenden Preisen haben ÖGB und Gewerkschaften schon vor einem Jahr gewarnt und die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Das war noch vor dem Angriffskrieg auf die Ukraine. Das heißt, dass die Preise auch schon zuvor stark angestiegen waren. Der ÖGB hat gemeinsam mit der Arbeiterkammer und den Sozialpartnern viele Lösungsvorschläge und Modelle auf den Tisch gelegt, mit welchen die Preissteigerungen abgefedert und vorausschauend eingedämmt werden können. Mittlerweile ist aber ein ganzes Jahr verstrichen, und sieht man von Einmal-Gutscheinen und Absichtserklärungen ab, dann ist in Wahrheit wenig weitergegangen.

Daher gehen ÖGB und Gewerkschaften jetzt für ein Ende der Kostenexplosion mit Demos und Aktionen in allen Bundesländern auf die Straße. Denn die Politik muss noch viel mehr tun, um die Menschen wirksam zu entlasten. Unter dem Motto „Preise runter!“ werden wir gemeinsam den Druck weiter erhöhen und dafür sorgen, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmer:innen und Pensionist:innen wieder steigt. ►

Versandkostenfrei
ab 30 Euro
Bestellwert!
shop.oegbverlag.at

Buchtipps aus dem ÖGB-Verlag



Buch | e-book

Arbeitskräfteüberlassungs-KV

René Schindler

Kommentierte Kollektivverträge | 2022 | 478 Seiten | EUR 36,00
ISBN 978-3-99046-627-8

Der KV für das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung ist ein spannender Kompromiss zwischen den widersprüchlichen Interessen der Überlasser, Zeitarbeiter:innen, Stammarbeiter:innen und Beschäftigter. Er enthält – entsprechend der dreipersonalen Struktur der Arbeitskräfteüberlassung – zahlreiche neue und außergewöhnliche Bestimmungen: von der Lohnfindung über Dienstreiseregeln bis hin zum kollektivvertraglichen Kündigungsschutz. Neben der Diskussion einschlägiger Rechtsfragen stehen vor allem Tipps und Hilfen für Praktiker:innen im Vordergrund. Übersichtstabellen erleichtern die Bestimmung des Entlassungslohnes, die Feststellung der für Leiharbeiter:innen geltenden betrieblichen Regeln des Beschäftigers und der Ansprüche bei Dienstreisen.



Buch | e-book

SWÖ-KV 2022

Günther Löschnigg, Reinhard Resch

Kommentierte Kollektivverträge | 2022 | 470 Seiten | EUR 29,90
ISBN 9978-3-99046-540-0

Der SWÖ-KV ist mittlerweile zum Leitkollektivvertrag für den Gesundheits- und Sozialbereich avanciert. Er gilt nicht nur für Mitglieder der Sozialwirtschaft, sondern auch für fast alle Anbieter sozialer und gesundheitlicher Dienste präventiver, betreuender und rehabilitativer Art auf Grund der Satzung. Die 15. Auflage 2022 enthält den Kollektivvertrag und die Satzung in der aktuellen Fassung. Gerade die Satzungserklärung ist ein wesentlicher Schritt, um die Arbeitsbedingungen in den sozialen Unternehmen einheitlich zu gestalten. Der SWÖ-KV erfasst bereits ca. 70.000 Beschäftigte.

Gratisversand in Österreich ab einem Bestellwert von 30 Euro

Hier bestellen: shop.oegbverlag.at

© Sebastian-Philipp



Volle Unterstützung für unsere Kleinsten!

Recht auf einen Kinderbildungsplatz ab dem 1. Geburtstag, ausreichend Personal und gute Arbeitsbedingungen in den Kindergärten – das verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Bildungschancen aller Kinder.

Dafür setzen wir uns ein.

Eine Mitgliedschaft lohnt sich.

Mehr unter: vorteile.oegb.at

**DAFÜR
OGB**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW